

UNIA



DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

work

Jacinda Ardern: Die Corona-Bändigerin von Neuseeland. Seite 3



Kurzarbeit!
ServiererIn
Márcia Galvao (39)
rechnet vor:

«Mir fehlen 20% Lohn!»

Corona-Krise: Maurer & Co. klemmen, Menschen leiden.
8. März: Die Kommunistinnen, die Kindergärtnerin und der Lohnklau an den Frauen.

Seiten 2, 4-7, 15 und 20

DPD: So leiden die Fahrer



Unia-Report enthüllt: So mies sind die Arbeitsbedingungen der Päckli-Kuriere.

Seiten 10-11

Steuerbschiss mit System

Weltweit prellen die Reichen Steuern. Auch in der Schweiz. Die neusten Zahlen. Seite 8

Wuffwuff & Miau

In Pandemie-Zeiten stehen Haustiere noch höher im Kurs. Was Mietende dazu wissen müssen, steht im work-Ratgeber.



wissen müssen, steht im work-Ratgeber.

Seiten 16-17



workedito
Marie-Josée Kuhn

WILLE UND WAHN

Seit Monaten müssen sie mit einem Fünftel Lohn weniger auskommen: die Kurzarbeiterinnen und Kurzarbeiter. Für die Coronakrise können sie nichts, aber die Kurzarbeitsentschädigung der Arbeitslosenversicherung übernimmt in der Regel nur 80 Prozent des Lohnausfalls. Für Serviererin Laura García Soler heisst das minus 600 Franken im Monat. Seit Dezember lebt sie von 2800 Franken. Netto! Sogar fürs Benzin reicht's jetzt nicht mehr. Weil sie noch ihre Eltern in Spanien unterstützt. Und weil Soler auch kein Trinkgeld mehr macht. Bis zu 1000

Ueli Maurers Corona-Politik macht arm.

Franken im Monat zusätzlich können das sein. Also minus

1000 Franken zusätzlich. Flattert dann auch noch eine zünftige Zahnarztrechnung ins Haus, wie bei Servicemitarbeiterin Márcia Galva, geht plötzlich gar nichts mehr. 1600 Franken zahlen mit einer Kurzarbeitsentschädigung von 2045 Franken? Galvas Verzweiflung wächst. Denn nun hat auch noch ihr Mann den Job verloren. Ein weiterer Corona-Verlierer im Gastgewerbe (Seite 5).

EIN FIASKO. Die Schweizer Coronapolitik macht arm: Das zeigen neue Studien. Mit 20 Prozent weniger Einkommen müssen Geringverdienende durch die Coronakrise. Die Besserverdienenden trifft's weit weniger stark. Und viele Aktionärinnen und Aktionäre machen sogar vorwärts. Sie garnieren Dividenden. Und gleichzeitig lässt sich so manche Firma die Kurzarbeitslöhne der Mitarbeitenden vom Staat zahlen. Während die einen also jeden Franken umdrehen müssen, leiten die anderen Steuergelder in die eigenen Taschen um. Das ist ein Skandal, ein politisch gewollter. Und nicht der einzige. Nach einem Jahr Pandemie ist unübersehbar: Der rechtsdominierte Bundesrat, das rechtsdominierte Bundesparlament und viele rechtsdominierte Kantone können kein Corona. Die nötigen Gelder für die krisengeschüttelten Menschen, KMU und Branchen fliessen nicht so, wie sie fliessen sollten. Ein Fiasko. Drum gehen die dafür Verantwortlichen jetzt auf Gesundheitsminister Alain Berset los. Als Ablenkungsmanöver. Allen voran die SVP. Wollen ihn absetzen, wollen der wissenschaftlichen Taskforce den Mund verbieten, wollen die Pandemie per rechten Mehrheitsbeschluss beenden. Drehen total durch, wie work-Autor Clemens Studer in seiner Analyse aufzeigt (Seite 7).

BOCKIG. Mantramässig mault Maurer: «Kein Geld da!» Etwa, wenn die Gewerkschaften eine 100-Prozent-Kurzarbeitsentschädigung für Löhne unter 5000 Franken netto verlangen. Der SVP-Bundesrat und sein Staatssekretariat für Wirtschaft blocken bockig. Ein Wahnsinn. Denn die Nationalbank hockt inzwischen auf Milliardenbergen von Vermögen (Seite 14). Geld ist genügend da. Wiewohl, es fehlt der Wille.

Diskriminierung I: Lohnlücke wächst, das zeigen work-Berechnungen Jede Berufsfrau wird pro Jahr um 8300 Franken geprellt

Der Lohnschiss an den Frauen geht ungestraft weiter. Und wächst neuerdings sogar wieder! Das zeigen Berechnungen, die work beim Berner Büro Bass in Auftrag gegeben hat.

PATRICIA D'INCAU

Seit 40 Jahren ist die Lohngleichheit zwischen Mann und Frau in der Verfassung verankert. Genauso lange verstoßen Arbeitgeber dagegen. Heute wird jede erwerbstätige Frau in der Schweiz pro Jahr im Schnitt um 8300 Franken geprellt. 2016 waren es noch 7800 Franken.

Das zeigen die neuen Berechnungen vom Berner Büro für arbeits- und sozialpolitische Studien (Bass)*. Sie stützen sich auf die Daten der Schweizerischen Lohnstrukturerhebung (LSE). work wollte wissen: Wie viel Lohn fehlt berufstätigen Frauen in der Schweiz, schlicht und einfach aufgrund ihres Geschlechts? Herausgekommen sind diese ziemlich unfassbaren Zahlen:

- Jeder Berufsfrau werden monatlich 690 Franken vorenthalten.
- Das sind ganze 8300 Franken pro Jahr.
- Auf ein ganzes Frauenerwerbsleben von 43 Jahren umgerechnet, beträgt die Lohnlücke im Minimum 357 000 Franken.
- Alle berufstätigen Frauen zusammen werden in der Schweiz jährlich um mehr als 10 Milliarden Franken geprellt.

Pikant: Diese Zahlen zeigen nur jenen Teil des Lohnunterschieds, der nicht durch Faktoren wie Ausbildung, Erfahrung oder Verantwortung erklärbar ist. Sondern rein durch Diskriminierung. Also weil eine Frau eine Frau ist

*Die Berechnungen des Büros Bass stützen sich auf die Daten der Schweizerischen Lohnstrukturerhebung (LSE) 2018, publiziert vom Bundesamt für Statistik (BFS): rebrand.ly/lohnunterschied.



ZU WENIG GELD IN FRAUENHAND: Auch jener Teil der Lohnlücke ist gewachsen, der nicht durch Faktoren wie Ausbildung, Erfahrung oder Verantwortung erklärbar ist, sondern rein durch Diskriminierung. FOTO: KEYSTONE

und kein Mann. Und es geht nicht vorwärts.

Im Gegenteil! Nicht nur der gesamte Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern hat wieder zugenommen, von 18,3 auf 19 Prozent. Auch der Anteil daran, der alleine durch Diskriminierung zu erklären ist, ist weiter gestiegen: von 42,3 Prozent (im Jahr 2014) auf heute 45,4 Prozent.

Dieses Geld fehlt den Frauen nicht nur am Ende des Monats auf ihrem Lohnkonto. Sondern auch im Alter in der Rente (siehe Artikel unten). Oder wenn der Betrieb Kurzarbeit anmeldet wie in der aktuellen Coronakrise. Denn: Sobald nur noch 80 Prozent Lohn fliessen, wird je nach Beruf jeder Franken existentiell, wie drei Frauen mit Kurzarbeit vorrechnen (Seite 5). Etwa im Detailhandel, wo eine Frau im Schnitt insgesamt 1087 Franken pro Monat weniger verdient als ein Mann. Oder in der

Gastrobranche, wo der gesamte Lohngraben 402 Franken pro Monat beträgt.

KONTROLLEN NÖTIG

Zu den aktuellen Zahlen sagt Bass-Expertin Silvia Strub: «Es gibt gegenläufige Trends. Während sich der Lohngraben in der Privatwirt-

Der Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern hat zugenommen: von 18,3 auf 19 Prozent.

schaft jüngst leicht geschlossen hat, ist er im öffentlichen Sektor wieder gewachsen. Alles in allem lässt sich nur sagen: Die Lohnunterschiede stagnieren auf hohem Niveau.» Woran das genau liegt, kann Strub nicht beantworten. «Dafür sind die aktuellsten Zahlen zu wenig aussagekräftig.»

Interessant wird allerdings die nächste Erhebung, die in zwei Jahren veröffentlicht wird. Dort wird sich zeigen, ob der Druck des letzten Frauenstreiks 2019 gewirkt hat. Und ob das neue Gleichstellungsgesetz etwas nützt, obwohl es keine Sanktionen gegen lohndiskriminierende Firmen vorsieht. Es ist letztes Jahr in Kraft getreten und verpflichtet alle Unternehmen ab 100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, Lohnanalysen durchzuführen.

Die Unia appelliert auch an kleinere Unternehmen, diesen gleichstellungspolitischen Schritt zu machen. Die Möglichkeit dazu gibt es! Das nötige Instrument ist online verfügbar. Gratis, anonym – und seit kurzem auch auf Kleinbetriebe ab zwei Mitarbeitenden ausgelegt (mehr dazu: rebrand.ly/logib). Eigentlich gäbe es also keine Ausreden mehr: Lohnanalysen sind machbar – und zwar für alle.

Tiefe Frauenlöhne: Weniger Geld im Alter



Diskriminierung II: Die Rentenlücke

Im Alter geht die Diskriminierung der Frauen weiter: vor allem bei der Pensionskasse (PK). Frauen haben 63 Prozent weniger Rente aus der zweiten Säule als Männer. Ein Drittel der Frauen hat überhaupt keine Pensionskasse. Die Gründe für die krasse Frauenrentenlücke: Ehe und Kinder. Denn hierzulande rutschen Mütter und Väter noch immer rasch in die klassischen Rollen. Oft nicht freiwillig. Doch das rächt sich in der Pensionskasse: Sie bestraft für jede Erwerbslücke und jede Reduktion des Pensums.

Der BVG-Kompromiss, der gerade im Parlament verhandelt wird, würde den Frauen und Geringverdienenden deshalb nützen. Unter anderem soll ein neuer Rentenzuschlag, durch den hohe Löhne mehr zahlen, einen leichten Ausgleich zwischen Mehr- und Geringverdienenden schaffen (die Vorlage im Detail: rebrand.ly/bvg-kompromiss). (pdi)



Diskriminierung III: AHV-Reform

Ob Frau oder Mann: da macht die AHV kaum einen Unterschied. Sie ist die diskriminierungsfreie Altersvorsorge. Und für viele Frauen auch die einzige. Weil ihr Verdienst zu gering ist für eine zweite Säule (siehe Diskriminierung II). Trotzdem will der Bundesrat jetzt ausgerechnet bei den Frauenrenten «sparen» – und das Frauenrentenalter erhöhen. Für die Gewerkschaften kommt das nicht in Frage. Sie haben einen entsprechenden Appell lanciert, den innert kürzester Zeit mehr als 300 000 Menschen unterschrieben haben (www.ahvx13.ch). Und sowieso: Statt einen Abbau braucht es einen Ausbau der AHV. Das würde den Frauen am meisten nützen. Einen solchen Ausbau würde die Volksinitiative für eine 13. AHV-Rente garantieren. Die Sammelfrist läuft noch (www.ahvx13.ch). (pdi)



Diskriminierung IV: Unbezahlte Care-Arbeit

Die Lohndiskriminierung ist enorm. Aber sie zeigt nur einen Bruchteil des gesamten Geschlechtergrabens. Tatsächlich sind es nämlich nicht «nur» 10 Milliarden Franken, die die Frauen in der Schweiz weniger an Einkommen haben als die Männer (siehe oben). Sondern 100 Milliarden. Jedes Jahr! So viel wert ist nämlich die Haus-, Betreuungs- und Familienarbeit (Care-Arbeit), die Frauen mehr leisten als Männer, wenn man sie kapitalisiert. Immer noch sind die meisten Männer in Vollzeit erwerbstätig, während die meisten Frauen nur eine Teilzeitstelle haben. Weil sie daneben den Monsteranteil an unbezahlter Care-Arbeit übernehmen, arbeiten sie unter dem Strich aber ziemlich genau gleich viele Stunden wie Männer! Aber eben: ohne Lohn. Dafür werden sie abgestraft. Etwa mit happigen Renteneinbußen im Alter. (pdi)



KOMMUNIKATIONSTALENT: Neuseelands Premierministerin Jacinda Ardern handelt rasch, entschlossen und mit Bodenhaftung. Und ist im Dauergespräch mit den Bewohnerinnen und Bewohnern des Landes. FOTO: GETTY

Neuseeland: Premierministerin Jacinda Ardern führt hart und herzlich

Jacindamania

Neuseeland war das erste Land, das 1893 das Frauenwahlrecht einführte. Und heute zeigt Neuseelands Premierministerin der ganzen Welt, wie Frau Corona in Schach hält.

OLIVER FAHRNI

Der Attentäter, ein weisser Rassist, hatte gerade 51 Betende in zwei Moscheen in der Stadt Christchurch, Neuseeland, erschossen. Jacinda Ardern kam, in ein schwarzes Kopftuch gehüllt, schloss Überlebende und Angehörige in die Arme. Die Regierungschefin sagte: «Neuseeland ist euer Zuhause. Wir sind eins. Wir sind stolz darauf, eine Nation aus 200 Ethnien und 160 Sprachen zu sein. Ich werde euch mit Zuneigung und Fürsorge begleiten.» Zuneigung und Fürsorge sagte sie in Maori, der Sprache der neuseeländischen Urbevölkerung.

Kurz darauf rief Donald Trump, im März 2019 noch US-Präsident, in Neuseelands Hauptstadt Wellington an. Der Mann, der den rassistischen Wahn des Attentäters teilt und der Musliminnen und Muslime mit einem Einreisebann belegt hatte, wollte auf dem Anschlag sein politisches Stüppchen kochen. «Wie können die USA helfen?» fragte er die Premierministerin. Ardern antwortete: «Zeigen Sie den muslimischen Gemeinschaften dieser Welt Ihre Zuneigung!» Seither verfolgt Trump sie mit sexistischem Hass und übler Nachrede.

Vier Tage nach dem Massaker sprach Ardern vor dem Parlament: «Der Terrorist will Aufmerksamkeit. Wir werden sie ihm nicht geben. Ich werde seinen Namen niemals ausspre-

chen.» Dann peitschte sie ein scharfes Gesetz durch, das halbautomatische Waffen und Sturmgewehre in Neuseeland verbietet.

Das beschreibt sie gut. Jacinda Ardern macht eine Politik der anderen Art. Ihr Slogan heisst: «Be strong, be kind», wobei man «kind» nicht mit nett oder freundlich übersetzen sollte. Eher mit fürsorglich. Sie handelt rasch, entschlossen, mit Bodenhaftung. Scheinbar kaltblütig. Und im Dauergespräch mit den 5 Millionen Bewohnerinnen und Bewohnern des Landes, etwa über Facebook live. Sie ist ein Kommunikationstalent (siehe

Ardern kontrastiert heilsam zu den Trumps, Bolsonaros und Putins dieser Welt.

Spalte rechts). Als bei einem Interview ein schweres Erdbeben das TV-Studio fast zum Einsturz brachte, winkte sie lächelnd in die Kamera: «Es rüttelt gerade etwas. Machen wir weiter!»

Ihre Stärke als «Leader», sagt Jacinda Ardern, «ziehe ich aus meinen Selbstzweifeln. Ich frage mich, was mich für ein solches Amt befähigt.» Auch das kontrastiert heilsam zu den Trumps, Bolsonaros, Johnsons, Macrons und Putins dieser Welt. Die kritische Selbstbefragung macht ihre Politik besser.

ALLES NUR STIL?

Ardern, 40, ist in der Kleinstadt Morinsville aufgewachsen, der Vater war Polizist und Mormone, die Mutter kümmerte sich um die Schulkantine. Mit 25 hat sie die Mormonenkirche verlassen, als sie ihren Abschluss in politischer Kommunikation machte, weil die Mormonen Homosexualität ablehnen.

2018 brachte Ardern, seit einem Jahr im Amt, ihre Tochter Neve Te Aroha (ein Maori-Name) zur Welt, kurz darauf erschien sie mit dem First Baby

auf dem Arm in der Uno-Generalversammlung in New York. Beim Windelwechseln soll die japanische Uno-Vertretung etwas verstört reagiert haben. Der Vater, ihr langjähriger Lebenspartner und TV-Journalist Clarke Gayford, neuerdings Hausmann und «Nanny», begleitete sie. Das Ticket hatte er aus der eigenen Tasche bezahlt. «Alles nur Stil, keine Substanz», motzten darauf rechte Kommentatoren und Arderns politische Hauptgegnerin, Judith Collins von der rechten Nationalen Partei. Doch das war vor Covid-19.

Ardern hat die Ausbreitung der Epidemie rabiat eingedämmt. Früher als alle anderen Regierungen verhängte sie einen Lockdown, schloss die Grenzen, rüstete die Gesundheitsversorgung massiv nach und legte ein grosses Testprogramm auf. Das Regierungskabinet verzichtete, in Solidarität mit den betroffenen Arbeitenden, auf 20 Prozent des Lohnes. Im Spätsommer 2020 war Neuseeland coronafrei, weltweit als Musterland gelobt. Die Kiwis feierten, im Januar auch mit ersten Grosskonzerten. Tauchen Covid-Fälle auf, wie Ende Februar in der grössten Stadt Auckland (14 Infektionen), verhängt Ardern sofort lokale Lockdowns und strenge Quarantäneregeln für Reisende. Ende Januar sagte sie: «Wir machen erst wieder auf, wenn die Welt zu einer normalen Situation zurückgefunden hat und unsere Bevölkerung geimpft ist.» Bilanz nach einem Jahr Covid: weniger als 30 Tote.

Der Erfolg in Zeiten der Epidemie warf ein neues Licht auf Neuseeland. Einige Monate zuvor hatte der Ikea-Konzern das Land auf seiner Weltkarte «Björkst» schlicht vergessen. Das war symptomatisch. Ardern quittierte den Aussetzer mit einem Spottvideo. Heute sonnt sich Neuseeland in der globalen «Jacindamania». Ardern ist der Darling der Medien. Das US-Magazin «Atlantic» kürte «die Anti-Trump» («Vogue») zur «effizientesten

Neuseeland: Wo der Kiwi zirpt

Als Jacinda Ardern bei Königin Elisabeth II. vorsprach, trug sie ein Maori-Gewand. Die britische Königin ist offiziell das Staatsoberhaupt Neuseelands, doch **Maori hatten die beiden pazifischen Hauptinseln und 700 weitere Inseln besiedelt**, lange bevor die Briten kamen und sie beinahe aussotteten. Neuseeland ist eine Einwanderernation von 5 Millionen Menschen auf beinahe der Fläche Italiens. Die Mehrheit lebt im (kleineren) Nordland mit der Millionenstadt Auckland und der Hauptstadt Wellington. **Starke Wirtschaftszweige sind die Landwirtschaft, der Tourismus und die Industrie.** Nach 1984 wurde die gesamte Wirtschaft dereguliert und privatisiert. Teile, etwa die Bahn, mussten seither wieder verstaatlicht werden. **Gewerkschaftlicher Organisationsgrad: starke 27 Prozent.** Wappentier ist der schräge Vogel Kiwi. (olf)

Regierungschefin der Welt». Und zu Hause führte Ardern ihre Labour-Party im Oktober 2020 zu einem erdrutschartigen Wahlsieg. Die Politik von «strong and kind» hatte sich als wirksames Gegengift zum ultrarechten Populismus erwiesen. Mit ihrer absoluten Mehrheit kann sie nun allein regieren, ohne bremsende Bündnispartner wie die fremdenfeindliche Partei New Zealand First.

LABOUR MUSS LIEFERN

Dieser Sieg Arderns wird zu ihrem Test: «Jetzt gelten keine Entschuldigungen mehr», sagt Ian Hoffmann von der Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes, der grössten Gewerkschaft Neuseelands: «Labour muss liefern.» Jedes achte neuseeländische

Fortsetzung auf Seite 4

Jacinda Ardern
No bullshit!

Sie kann Kommunikation. Das hat die neuseeländische Premierministerin Jacinda Ardern gelernt. Die Chefin der Labour-Partei weiss, dass Politik zuerst Wort werden muss, bevor sie Politik sein kann. Doch was tut die kluge Jacinda Ardern konkret?

OLIVER FAHRNI

Kein Getöse. Anfang 2020 verkündete sie den Lockdown, der das Leben des Landes abrupt auf «Pause» stellte. Heftig. Also setzte sie sich zu Hause im Schlabber-Pulli auf ein Sofa und entschuldigte sich für das Tenue: Kleine Kinder ins Bett zu bringen, sagte sie, sei manch-

In der Hysterie der sozialen Medien fährt sie den Tonregler runter.

mal eine ziemlich komplizierte Sache. Dann spricht sie geradeheraus darüber, was jetzt zu tun sei. Sie tut es in schlichten Worten, da ist kein Getöse, sie verspricht nichts, beschönigt nichts, rechtfertigt nichts. Sie nennt die Neuseeländerinnen und Neuseeländer «mein Team von 5 Millionen». Sie gibt ihnen das Wort, beantwortet eine Stunde lang ihre Fragen zu Dingen wie Lohnersatz oder steigendem Fieber. Ardern wird dies täglich tun. Da ist eine Regierungschefin, die sich kümmert.

Gegenschritt: 20 Uhr, alle französischen TV-Stationen sind auf den Elysée-Palast gleichgeschaltet. Marseillaise, Trikolore-Fahnen, und Präsident Emmanuel Macron verkündet mit



MAORI-GRUSS: Ardern mit einem Ureinwohner. FOTO: GETTY

Tremolo. Frankreich befindet sich im Krieg gegen die Epidemie. Er, der weisse Ritter, werde die Französischen und Franzosen retten, wenn sie seinen Befehlen gehorchten. «Krieg» sagt er in dreissig Minuten 14 Mal. Und gefühlte 200 Mal «Ich». Also verfiel Frankreich in Panik – und Protest.

NOCH FRAGEN? Der Kontrast ist frappierend: Jacinda Ardern hält es lieber mit dem Prinzip «no bullshit!» (kein Blödsinn!). Als man sie fragte, warum sie ihre dreimonatige Tochter an die Uno-Generalversammlung mitgenommen habe, sagte sie: «Ich gebe ihr die Brust. Ich will sie am Leben halten. Und gleichzeitig meinen Job hier machen.» Noch Fragen?

Niemand sollte sie unterschätzen. In der dauerschillen Hysterie der sozialen Medien fährt Ardern den Tonregler runter, um besser gehört zu werden. Das ist bedachte Strategie, Teil eines grösseren Projekts. In ihrer programmatischen Rede, in der sie den Slogan «be strong, be kind» (sei stark, sei fürsorglich) einführte, sagte sie lächelnd, die einzelnen Silben trennend: «kind-ness». Das Wort war wie ein sehr scharfes Messer.

Brisante ETH-Studie Covid erhöht Ungleichheit

Menschen mit tiefem Einkommen trifft die Pandemie am härtesten. Das zeigt eine neue Studie schwarz auf weiss.

CHRISTIAN EGG

Ein Fünftel weniger Einkommen: das ist der Corona-Effekt für Menschen mit einem Haushaltseinkommen von weniger als 4000 Franken im Monat. Rund ein Drittel wurden entweder arbeitslos oder mussten in Kurzarbeit. Die Haushalte mit hohem Einkommen (mehr als 16 000 Franken) trifft es weit weniger hart: Ihr Minus gegenüber der Vor-Corona-Zeit beträgt nur 8 Prozent.

Diese brisanten Zahlen hat die ETH Zürich in einer neuen Studie ermittelt. Grundlage bilden 200 000 Interviews, die Forscherinnen und Forscher zwischen März 2020 und Januar 2021 mit Menschen in der Schweiz ab 15 Jahren geführt haben. In ihrer Auswertung kommen die Ökonomin Isabel Martínez und ihre Kollegen zum eindeutigen Schluss: «Die Pandemie verschärft bestehende Ungleichheiten.»

DER SPARBATZEN SCHMILZT

Das zeigt sich auch bei den Ersparnissen: Mehr als die Hälfte der Menschen mit tiefem Einkommen hatten entweder gar kein Ersparnis oder mussten wegen der Pandemie darauf zurückgreifen, um laufende Kosten zu bezahlen. 11 Prozent von ihnen mussten sich dafür sogar verschulden. Ganz anders bei den hohen Einkommen: Hier mussten 9 von 10 den Sparbatzen nicht antasten oder konnten sogar während der Pandemie Geld auf die Seite legen – sie hatten während der Lockdowns weniger Gelegenheit, es auszugeben.

Kein Wunder, schlägt Corona den Geringverdienenden auch auf die Psyche. Vor der ersten Welle gaben nur 5 Prozent der Bevölkerung an, dass es ihnen schlecht oder sehr schlecht gehe – und zwar unabhängig vom Einkommen. Bei den Gutverdienenden stieg dieser Anteil bis im Januar nur leicht an, auf 7 Prozent. Bei Menschen mit tiefem Einkommen hat er sich dagegen im Lauf der Zeit verdreifacht, auf 15 Prozent. Die ETH-Studie warnt: «Das könnte längerfristige Folgen haben.» (che)

Download der Studie: rebrand.ly/ungleichheit

Firmeninhaber leiten Kurzarbeitsentschädigung auf ihre Privatkonten Löhne gekürzt, Dividenden geschützt

Die Allgemeinheit bezahlt Lohnabhängigen Löhne. Und die Kapitalbesitzenden leiten das Geld auf ihre Konten um. Die SP lanciert einen zweiten Anlauf, diesen Missstand abzustellen.

CLEMENS STUDER

Millionen von Lohnabhängigen mussten im vergangenen Jahr auf einen Fünftel ihres Lohnes verzichten. Weil die Kurzarbeitsentschädigung der Arbeitslosenversicherung in der Regel nur 80 Prozent des Lohnausfalles übernimmt. Was das konkret fürs Familienbudget heisst, wenn 400 bis 600 Franken im Monat fehlen, rechnen zwei Servicemitarbeiterinnen und eine Reinigerin vor: Zahnarztrechnungen können plötzlich nicht mehr berappt werden, und Autofahren wird zum Luxus (Seite 5). Deshalb fordern die Gewerkschaften seit Monaten, dass die Kurzarbeitsentschädigung auf 100 Prozent erhöht werden soll. Doch SVP-Finanzminister Ueli Maurer und die rechten Parteien blocken systematisch (Seite 7).

Derweil die einen jeden Franken umdrehen müssen, füllen sich Tausende von Aktionärinnen und Aktionären die Taschen. Denn «ihre» Firmen lassen die Löhne der Mitarbeitenden zwar von der Allgemeinheit finanzieren, zahlen aber gleichzeitig steuerbillige Dividenden aus.

NOSER UND DAS EIGENTUM

Bereits im vergangenen Frühling hatte SP-Co-Präsidentin Mattea Meyer einen Vorstoss eingereicht, der diese Umleitung von Steuergeldern auf Aktionärkonten stoppen sollte. Ausgenommen wären kleinere, inhabergeführte Betriebe gewesen. Im Nationalrat hatte sie zuerst Erfolg: mit 93 zu 88 Stimmen bei 11 Enthaltungen wurde diese eigentliche Selbstverständlichkeit angenommen. Das war ein Schock für die Finanzindustrie und die Steuervermeidungsprofis. Über Nacht zogen sie



RUEDI NOSER: Der FDP-Ständerat und Konzern-Lobbyist engagiert sich für die Umleitung von Kurzarbeitsgeldern auf Aktionärkonten. FOTO: SRG

an allen Fäden. Im Ständerat scheiterte die Abzocker-Bremse dann deutlich. Besonders unflätig für die Umleitung von Kurzarbeitsgeldern auf Aktionärkonten engagierte sich Ruedi Noser. Er ist FDP-Ständerat des Kantons Zürich, Konzern-Lobbyist und wurde auch dank den rechten Grünen von der GLP gewählt. Noser sagte zum Meyer-Vorstoss, den der Nationalrat annahm: «Das ist ein verdammtter Eingriff in die Eigentumsrechte!» Und griff Co-Präsidentin Meyer persönlich an. Zu den Einkommensrechten der Lohnabhängigen war von Noser bislang nichts Vergleichbares zu hören. Doch vielleicht ändert sich das jetzt.

NEUER ANLAUF

Verschwurbelter als Noser äusseren sich andere Gegnerinnen und Gegner. Die Dividenden betreffen ja das Vorjahr, als noch keine Pandemie war, hiess es etwa. So zum

Beispiel bei Mitte-(Ex-CVP-)Fraktionspräsidentin Andrea Gmür. Auch sie eine lautstarke Konzern-Lobbyistin. Und dann kam auch

SP-Co-Präsidentin Mattea Meyer fordert ein Ende der Dividenden-Umleitung.

immer wieder das Argument, die Kurzarbeitsentschädigung sei schliesslich eine Versicherung, in die einbezahlt worden sei für den Krisenfall. Tönt gut, ist aber nicht richtig: Wegen der Coronakrise hat der Bund 6 Milliarden Franken Steuergelder eingeschossen und eine zusätzliche Verschuldung von 8 Milliarden Franken erlaubt. Dieser Zustupf für alle unverschuldet Kurzarbeitenden war richtig und wichtig. Und er wurde auch darum nötig, weil die rechte Parlamentsmehrheit eine krisentaug-

Ems-Chemie: Mehr Dividende als Löhne

Der Anti-Abzocker-Vorstoss von SP-Co-Präsidentin Mattea Meyer wird es im Parlament nicht leicht haben: zu gross sind die Eigeninteressen der Politikerinnen und Politiker von SVP bis GLP. Zum Beispiel die von Ems-Chefin und SVP-Nationalrätin Magdalena Martullo-Blocher. Der Blocher-Konzern schüttet jetzt 398 Millionen Franken Dividenden aus. Mehr als die gesamten Lohnkosten. Davon wandern 263 Millionen auf die Konten von Martullo-Blocher und ihren Schwestern Rahele (Läckerli-Huus) und Miriam (ist irgendwas bei Papa). (cs)

lich Finanzierung der Arbeitslosenkasse in den vergangenen Jahren immer verhindert hat.

Wie viel die «Argumente» aus dem letzten Frühling noch taugen, werden wir bald sehen. Denn SP-Co-Präsidentin Mattea Meyer hat auf die laufende Session hin einen neuen Vorstoss eingereicht, um der Dividenden-Umleitung einen Riegel zu schieben.

Jacindamania: Neuseelands Premier führt hart und herzlich. Fortsetzung von Seite 3

Kind wächst in Armut auf, unter den Maoris jedes vierte. Rassismus und Diskriminierung müssen schärfer bekämpft werden. Es fehlen 200 000 Sozialwohnungen, die Mietpreise explodieren. Streikbewegungen in diversen Sektoren fordern bessere Löhne. Manche, etwa das Pflegepersonal, die Busfahrer und die Lehrerinnen, hatten schon Erfolg. Andere Konflikte laufen noch. Seit Jacinda

Bilanz nach einem Jahr Covid: weniger als 30 Tote.

Ardern 2017 ihre erste Regierung gebildet hatte, haben sich rund ein Viertel der Gewerkschaftsmitglieder an einem Arbeitskonflikt beteiligt. Sie – und andere soziale Bewegungen – sehen eine Labour-Regierung als Chance, ihre Lebensbedingungen zu verbessern.

Jennifer Curtin, Professorin an der Universität Auckland, moniert, Ardern müsse nun mehr für die Gleichstellung der Frauen tun. Greta Thunberg und die Klimabewegung kritisieren die bisher «schwache» Klimapolitik. Und der Gewerkschaftsbund fordert von Premier Ardern, die Versprechen von 2017, etwa eine Kapitalgewinnsteuer, endlich einzulösen.

Das sind viele Baustellen, wichtige Baustellen. Bei Konzernen und Banken wird derzeit harter Widerstand organisiert. Nicht nur dort: Labour Neuseeland kommt von weit her. Wie viele sozialdemokratische Parteien der Welt hat sie ab 1984 eine hart neoliberale Abbaupolitik betrieben. Zudem garniert mit fremdenfeindlichen Tönen. Ardern selbst arbeitete ein halbes Jahr in London im Kabinett



PREMIER UND MUTTER: Ardern mit Tochter Neve im Februar 2021. FOTO: GETTY

des damaligen britischen Labour-Premiers Tony Blair, eines Vorläufers der neoliberalen Wende der Sozialdemokratie.

EMPATHISCHE KOMPETENZEN

Ihre Erfahrung mit Blair spiegelt Ardern heute kritisch. Denn ihre Partei wurde von



PREMIER UND CORONA: Ardern an einer Pressekonferenz im Mai 2020. FOTO: GETTY

der gesellschaftlichen Entwicklung Neuseelands längst überholt. Das zeigt die Zusammensetzung des neuen Parlaments und der Regierung Arderns: Frauen halten jetzt die Hälfte der Sitze – und 8 von 20 Ministerposten. Die Maori und andere pazifische Gruppen mit 18 Prozent Bevölkerungsanteil hal-

ten rund einen Viertel. Aussenministerin ist Nanaia Mahuta, deren Kinn das typische Maori-Tatoo schmückt. Stellvertretender Premier ist der homosexuelle Finanzminister Grant Robertson, zwei lesbische Frauen mit kleinen Kindern sitzen ebenfalls am Regierungstisch. Ihre Chefin hält solche Unterscheidungen für unsinnig: «Für mich zählt, was sie Neuseeland bringen können. Ihre empathische Kompetenz.»

Von links wird diese neue Regierung als Regierung des sozialen Status quo kritisiert. Doch Gewerkschafter Hoffmann sieht reelle Möglichkeiten, um aus der Gesellschaft genügend Druck für eine radikalere soziale Wende zu machen. Eine Wende für all jene, die bisher bei der «fürsorgenden Politik» vergessen gingen.

Radikal ist kein Wort aus Jacinda Arderns Vokabular. Und in ihrer Partei stehen manche schon auf die Bremsklötze. Dieser Tage hat Ardern den gesetzlichen Mindeststundenlohn auf 20 australische Dollar (in Kaufkraft etwa dasselbe in Franken) angehoben. Sie hat die 4-Tage-Woche (30 Wochenstunden) in Aussicht gestellt, um mehr Arbeit und Wachstum zu schaffen. Von der Nationalbank hat sie, zum Schrecken der Neoliberalen, Massnahmen zur Eindämmung der Immobilienspekulation verlangt. Den Grünen verspricht sie den Einstieg in die ökologische Wende. Und die Steuern für die höchsten Einkommen plant sie vorerst von 33 auf 39 Prozent sanft anzuhäufeln.

Hauptsache Bewegung. Gut in Krisen, das hat Jacinda Ardern längst bewiesen, ist sie.

Kurzarbeit und nur noch 80% Lohn, drei Frauen rechnen vor: Zahnarztrechnung: 1600.- Kurzarbeitsentschädigung: 2045.-

600 Franken mehr oder weniger im Portemonnaie, das verändert alles. Zwei Servicemitarbeiterinnen und eine Reinigerin berichten, wie stark sie sich seit Wochen einschränken müssen. Obwohl sie nichts für Corona können.



FOTO: SAMUEL TRÜMPY



FOTO: SEVERIN NOWACKI



FOTO: NICOLAS ZONVI

«Zum Zahnarzt gehe ich jetzt nicht mehr»

Márcia Galvão, 39, Servicemitarbeiterin, Flums SG

«Gestern war ich wieder beim Zahnarzt. Letztes Jahr ging eine Wurzelbehandlung schief. Seither hat der Zahnarzt mehrere Versuche unternommen, das Problem zu lösen. Aber jetzt habe ich ihm gesagt: Solange ich keine Schmerzen habe, komme ich nicht mehr, auch wenn die Sache noch nicht in Ordnung ist. Oder auch, wenn er irgendwo ein Loch entdeckt. Denn ich bin seit Dezember in Kurzarbeit.»

ANGST. Die letzte Rechnung vom Zahnarzt war 1600 Franken! Meine Kurzarbeitsentschädigung beträgt aber nur 2045 Franken im Monat für meine 80-Prozent-Stelle im Service. Wobei ich glaube, dass mein Chef falsch rechnet und ich mehr zugute habe. Das schaue ich jetzt zusammen mit der Unia an.

So oder so müssen wir uns jetzt stark einschränken. Denn mein Mann hat im Januar die Kündigung bekommen. Auch er hat im Gastgewerbe gearbeitet. Seit dem 1. März ist er arbeitslos. Und ich habe nur einen Saisonvertrag, im April läuft der aus. Das heisst, wir müssen jetzt beide eine Stelle suchen. Aber die Restaurants

sind ja noch zu, da braucht niemand neues Personal! Ich hoffe ganz fest, dass wir trotzdem irgendetwas finden. Ich war

«Bisher lebten wir bescheiden, aber gut. Dieses Lebensgefühl ist jetzt weg.»

noch nie arbeitslos. Der Gedanke macht mir Angst, ich darf gar nicht dran denken.

Wir haben etwas Geld gespart. Mein Mann träumte davon, in Portugal eine Wohnung zu kaufen. Aber das Geld geht jetzt schnell weg. Obwohl ich jetzt jeden Franken zweimal umdrehe. Ich kaufe im Aldi ein, nicht mehr in der Migros. Gerade das Fleisch würde ich lieber in der Migros kaufen, weil ich gern Qualität habe. Aber das können wir uns jetzt nicht leisten.

Bisher lebten wir bescheiden, aber gut. Beim Einkaufen musste ich nie auf den Preis schauen. Und wenn unsere dreijährige Tochter einen Wunsch hatte, konnten wir ihr den erfüllen. Das ist jetzt anders. Diese Unbeschwertheit, dieses Lebensgefühl, die sind jetzt plötzlich weg.»

«Die Trinkgelder fallen auch alle weg»

Laura García, 42, Servicemitarbeiterin, Studen BE

«Ich fotografiere fürs Leben gern! Wenn man mal eine gute Kamera hat, ist das nicht mehr so ein teures Hobby. In der Freizeit fahre ich gern mit dem Auto und der Kamera durch die Schweiz, mache Fotos und esse gut. Aber jetzt kann ich mir die Kosten fürs Benzin nicht mehr leisten.»

Vor genau einem Jahr ging das Restaurant zu, in dem ich arbeite. Im Sommer konnte ich ein wenig arbeiten, aber nicht 100 Prozent. Und seit Dezember ist es wieder ganz geschlossen, und ich bin in Kurzarbeit. Mein Lohn beträgt nur noch 80 Prozent, das sind netto 2800 Franken statt wie vorher 3400. Bei uns im Gastgewerbe ist aber der Lohn vom Arbeitgeber nur ein Teil. Ein wichtiger Bestandteil des Einkommens sind die Trinkgelder. Für viele liegen sie bei tausend Franken im Monat und mehr. Und das fällt jetzt natürlich komplett weg.

TRAURIG. Ich schicke meinen Eltern in Spanien Geld, denen geht's finanziell noch schlechter als mir. Und sonst habe ich mich überall eingeschränkt. Wohl oder übel, damit ich über die Runden komme. Vorher habe ich ab und zu gern ein Rindsfilet gebraten, das mache

ich jetzt nicht mehr. Dann möchte ich schon lange neue Inlineskates kaufen. Habe ich gestrichen. Obwohl ich jetzt viel Zeit hätte, sie zu benutzen. Oder mein Parfum, das ist etwas teuer, 180 Franken für eine Flasche. Kürzlich war sie leer, da habe ich ein billigeres gekauft. Alles geht billiger, aber das ist irgendwie traurig! Ich bin ein fröhlicher Mensch, ich will das Leben geniessen. Und nicht bei jedem Einkauf überlegen: Könnte ich das einsparen?

Zum Glück habe ich immer etwas gespart, für schöne Ferien oder ein Auto, das nicht ganz so

«Neue Inlineskates kann ich mir jetzt nicht kaufen.»

eng ist wie mein jetziges. Von dem Ersparten lebe ich jetzt. Aber wenn das noch drei, vier Monate so weitergeht, ist mein Konto leer. Und eins ist klar: Auf Sozialamt gehe ich nicht. Schulden machen will ich auch nicht. Lieber gehe ich zurück nach Spanien. Aber noch besser wäre, der Bundesrat würde sagen: Alle, die wegen Corona nicht arbeiten können, bekommen hundert Prozent ihres Lohnes. Es ist höchste Zeit, dass das kommt!»

«Von diesen drei Jobs kann ich nicht leben»

Ana Lucia Moraes, 41, Reinigerin, Zürich

«Entschuldigung, wenn es im Hintergrund manchmal zischt. Ich bin gerade am Bügeln. Einmal pro Woche arbeite ich hier in diesem Haushalt. Da putze

«Die Rechnungen kommen trotz der Pandemie.»

ich, mache die Wäsche, räume auf. Acht Stunden Arbeit sind das. Und zu einem guten Lohn, 25 Franken pro Stunde. Am Abend, wenn ich fertig bin, gehe ich zu meinem nächsten Job. Büros putzen.

KOMPLIZIERT. Normalerweise habe ich drei Jobs, zwei bei Privaten, einen bei einer Putzfirma. Warum drei? Weil ich von einem nicht leben kann. Im Moment kann ich sogar von allen drei nicht leben! Eigentlich beträgt mein Einkommen 3350 Franken im Monat. Aber seit Anfang Jahr bin ich in zwei Jobs auf Kurzarbeit und bekomme nur 80 Prozent Lohn. Jetzt fehlen mir jeden Monat 400 Franken. Jetzt reicht es nicht mehr. Allein meine Krankenkasse kostet 400 Franken. Die von meiner Tochter auch. Sie macht im Kanton Schwyz

eine Lehre als Kinderbetreuerin und bekommt dafür 800 Franken im Monat, das ist nichts! Das Zugbillett von Zürich nach Wollerau kostet 250 Franken im Monat. Das zahle ich ihr, anders ginge es gar nicht.

Und die Rechnungen kommen die ganze Zeit. Egal, ob jetzt eine Pandemie ist oder nicht. Bei der Steuerverwaltung habe ich vor ein paar Wochen angerufen. Jetzt kann ich dort wenigstens in Raten zahlen. Aber das Geld reicht trotzdem nirgendwo hin.

Deswegen habe ich jetzt noch einen vierten Job angenommen. Eben die Büros putzen. So geht es einigermaßen. Wenn die Kurzarbeit aufhört, werde ich den neuen Job wohl wieder kündigen. Denn er ist nur drei Stunden jeden Tag. Mein anderer Job, einer von denen mit der Kurzarbeit, ist fünf Stunden täglich. Das ist besser, weil es mehr Geld gibt. In beiden Jobs liegt der Stundenlohn nur bei 17 Franken 50.

Ich weiss, das klingt kompliziert mit diesen vielen Jobs. Für mich ist es auch kompliziert. Aber ich muss eine Lösung finden in dieser Situation, das ist meine Verantwortung.»

ALLE AUFGEZEICHNET VON CHRISTIAN EGG

So dauert's noch 20 Jahre

ZÜRICH. Nur gerade 13 Prozent beträgt der Frauenanteil in den Geschäftsleitungen der 20 grössten börsenkotierten Schweizer Firmen. Dabei gilt seit diesem Jahr ein Richtwert von 20 Prozent. Eine Studie der Beratungsfirma Russell Reynolds zeigt jetzt: Geht es weiter wie bisher, dauert es noch über 20 Jahre, bis dieser Richtwert erreicht ist. Denn dafür müssen in den Geschäftsleitungen noch 21 Frauen einziehen. Im letzten Jahr ist unter dem Strich aber nur eine einzige Frau dazugekommen.

Plus vier Wochen Ferien!

BÜLACH ZH. Umkleidezeit gilt als Arbeitszeit: Das hat das Arbeitsgericht Bülach im Fall von neun Pflegenden entschieden. Ihr Arbeitgeber, das Spital Bülach, muss ihnen rückwirkend für vier Jahre 15 Minuten pro Tag gut-



PFLEGE: Umkleidezeit ist Arbeitszeit. FOTO: KEYSTONE

schreiben. Im Durchschnitt sind das vier Wochen zusätzliche Ferien pro Person. Noch ist das Urteil nicht rechtskräftig. Doch für Roland Brunner von der Gewerkschaft VPOD ist es schon jetzt «ein wichtiger Erfolg».

Gewerkschaften wiederholen Forderungspaket

Nicht die Wirtschaftslobby soll die Schweizer Coronapolitik diktieren!

Die rechte Politik macht die Menschen arm und krank. Die Gewerkschaften geben Gegensteuer. Auch jetzt wieder.

CLEMENS STUDER

Die rechten Parteien wollen die Schweiz ein zweites Mal haurucköffnen. Und riskieren dabei bewusst eine dritte Pandemiewelle. Dabei haben sie es bisher nicht einmal geschafft, die Folgen der ersten Welle für Lohnabhängige, KMU und Gewerbe abzufedern. Als Ablenkungsmanöver lassen sie es deshalb eskalieren (siehe Seite 7).

Klein- und Mittelverdienende leiden besonders unter den gesundheitlichen und ökonomischen Folgen der Corona-Pandemie. Das verantworten die rechten Parteien (siehe Artikel Seite 4 oben). Im Gegensatz dazu haben die fortschrittlichen Parteien und die Gewerkschaften seit dem Be-

Arbeitgeberverbände fahren wieder Kampagnen gegen Corona-Schutzmassnahmen.

ginn der Pandemiebekämpfung wirksame Massnahmen zur Abfederung der Folgen der Pandemie verlangt. Mit einigen Erfolgen. Aber die erstrittenen Massnahmen kamen spät und fallen immer noch zu zaghaft aus.

HILFEGESUCHE AN DIE UNIA

Bei der Unia trafen und treffen seit Pandemiebeginn Tausende von Anfragen und Unterstützungsgesuche

von Mitgliedern in Not ein. Covid-19 trifft nämlich Wenigverdienende ungleich härter als Reiche – sowohl gesundheitlich als auch wirtschaftlich. work hat schon mehrfach darüber berichtet. Neue Studien aus Genf und Basel belegen die Beobachtungen jetzt auch sozialmedizinisch. Sowohl in Genf als auch in Basel lag die Infektionsrate in Quartieren mit niedrigen Einkommen und beengten Wohnverhältnissen höher als in bessergestellten Wohngebieten. Die Genfer Studie (englisch: rebrand.ly/studiegenf) zeigt auch, dass in weniger privilegierten Wohnlagen Gebiete mit hoher Ansteckungsrate länger bestehen bleiben. Die Basler Studie (englisch: rebrand.ly/studiebasel) belegt, dass Wenigverdienende einem erhöhten Infektionsrisiko ausgesetzt sind, weil sie in Berufen arbeiten, in denen Homeoffice nicht möglich ist.

Trotzdem sind die Kontrollen der Schutzkonzepte in vielen Kantonen lasch oder quasi inexistent. Die Unia fordert seit Ausbruch der Pandemie, dass die dafür zuständigen Behörden endlich die Ressourcen ausbauen und die Kontrollorgane der Sozialpartner einbeziehen.

ARBEITGEBER STOPPEN

Auch aktuell fahren Arbeitgeberverbände wieder eine Kampagne gegen die Schutzmassnahmen. Und stossen damit bei den Medien auf viel Echo. Jetzt geben die Gewerkschaften Gegensteuer. In einer Erklärung fordert Unia-Präsidentin Vania Alleva ge-



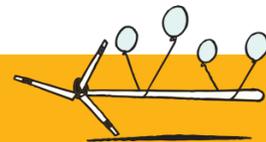
GEFÄHRLICH: Die Bürgerlichen wollen schon wieder haurucköffnen, dabei haben sie es nicht mal geschafft, die wirtschaftlichen Folgen der ersten Welle abzufedern.

FOTO: GETTY/KEYSTONE, MONTAGE: TNT GRAPHICS

meinsam mit Verantwortlichen von VPOD, SBK, SVBG, Syna und Labmed vom Bundesrat erneut und konkret:

- Entscheide über Lockerungen von Massnahmen dürfen nicht von den Arbeitgeberlobbies diktiert werden. Sie sollen auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse getroffen werden.
- Schutzkonzepte für sämtliche Arbeitsplätze in allen Kantonen und strenge Kontrollen.
- Eine Defizitgarantie von Kantonen und Bund für öffentliche und als gemeinnützig anerkannte Spitäler für die Jahre 2020 und 2021. Spitäler müssen in erster Linie auf die Patientenversorgung statt auf Profit fokussieren.
- 100 Prozent Kurzarbeitsentschädigung für Löhne bis 5000 Franken netto für alle und die Verlängerung der Kurzarbeitsentschädigung auf 24 Monate.
- Verlängerter Anspruch auf Arbeitslosengelder, um Aussteuerungen zu verhindern.
- Keine Strafen für Menschen, die Sozialhilfe in Anspruch nehmen. Und zwar unabhängig vom Aufenthaltsstatus.
- Verbot von Entlassungen in Unternehmen, die staatliche Hilfen erhalten haben.
- Kostenübernahme durch die Unfallversicherung bei Corona-Erkrankungen von Mitarbeitenden im Gesundheitswesen.

rosazukunft Technik, Umwelt, Politik



Kopfstand bei den Windrädern: Schafft der 90 Jahre alte Horst Bendix die erste deutsche Sprunginnovation?

Der deutsche Ingenieur Horst Bendix war in der DDR eine grosse Nummer. Nach der Wende erfand er sich neu und versucht seit Jahrzehnten, bis zu 400 Meter hohe Windräder zu entwickeln, um die in diesen Höhen stärker und weit gleichmässiger wehenden Höhenwinde zu ernten. Möglich dass er jetzt kurz vor dem Durchbruch steht.

Viele waren mit Titel und Inhalt der letzten Rubrik «Rosa Zukunft» gar nicht zufrieden. Wenn schon, hätte es heissen müssen, der TCS überhole den VCS im grünen Bereich. So lautet eine Kritik (Leserbrief Seite 19). Und auch das sei falsch, weil der VCS im Gegensatz zum TCS eben schwergewichtig nicht auf das Auto, sondern auf den öffentlichen Verkehr setze.

Über Titel kann man immer streiten. Trotzdem ist es ein gigantischer Fortschritt, wenn der TCS mit all den Märchen über die Umweltschädlichkeit von Batterien und Elektroautos aufräumt. Und dies aufgrund von Berechnungen des Paul-Scherrer-Instituts, wie in der letzten «Rosa Zukunft» beschrieben (nachzulesen auf www.workzeitung.ch. Rubrik «Kolumnen»).

Und wenn sich früher oder später das sich selbst steuernde Auto durchsetzt, wird dies den sanften Tod der privaten Mobilität einläuten. Weil alle über ihr iPhone genau das Auto bestellen werden, das sie brauchen oder das sie sich wünschen. In der Regel einen

Fiat 500. Und einmal im Jahr – vielleicht zum Hochzeitstag – einen elektrisch angetriebenen Porsche Taycan. So weit zu Kritik, Selbstkritik und «Rosa Zukunft».

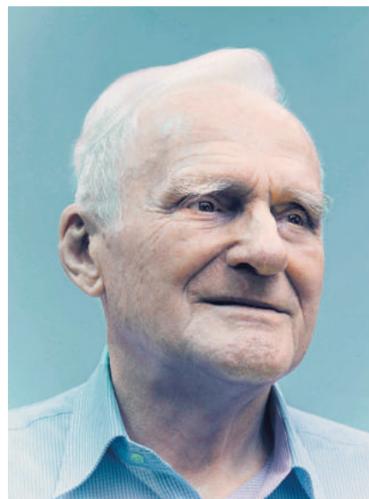
WIE DER EIFFELTURM. Horst Bendix ist 90 Jahre alt. In der DDR war der Ingenieur eine grosse Nummer. Nach der Implosion der DDR als Technik- und Forschungschef des Leipziger Schermaschinenbauers Kirow ebenfalls. Seit 30 Jahren versucht er, bis zu 400 Meter hohe Windräder zu entwickeln, um die in diesen Höhen stärker und weit gleichmässiger wehenden Höhenwinde zu ernten. Das Resultat seiner Arbeiten stellt alles Bisherige auf den Kopf.

Kopfstand 1: Nicht die Gondel dreht sich im Wind, sondern der ganze Turm. Und dies auf einem Fundament mit einem Radius von 25 Metern.

Kopfstand 2: Alle schweren Bauteile – wie Antriebe und Generatoren – befinden sich am Boden. Sie werden mit verschleissarmen Kettenantrieben in Bewegung gehalten.

Kopfstand 3: Die Konstruktion hat keinen schweren Betonturm, sondern (wie der Eiffelturm) mehrere Standbeine, mindestens deren drei. Es können günstigste, da seriell hergestellte Stahlrohre verwendet werden.

Kopfstand 4: Dank all diesen weitgehend neuen Überlegungen kann man dank und mit dem System Bendix doppelt so hohe Türme wie bisher bauen. Diese sehen allerdings etwas altbacken aus. Aber sie sollen



DER MIT DEM WIND TANZT: Der deutsche Ingenieur Horst Bendix will mit einem revolutionären Windrad-Konzept hoch hinaus. FOTOS: SPRIND.ORG

pro Jahr bis zu 100 Millionen Kilowattstunden Strom produzieren.

Kopfstand 5: Die Preise pro Kilowattstunde Strom sollen dank und mit dem Bendix-System auf 2 Rappen pro Kilowattstunde fallen. Halb so viel, wie die besten bisherigen Windräder schaffen. Alle Kohlekraftwerke wären weltweit über Nacht nicht mehr konkurrenzfähig. Neue Atomkraftwerke erst recht nicht.

DURCHBRUCH? Sind das alles Phantasien eines alten Mannes? Kann man ihn überhaupt ernst nehmen? Und ob! In Deutschland gibt es eine vom Bund

geschaffene Agentur für Sprunginnovationen. Im Stiftungsrat sitzen Schwergewichte aus Politik und Wirtschaft. So die reichste Frau Deutschlands, BMW-Erbin Susanne Klatten. Umd der Direktor des Max-Planck-Instituts. Alles keine linken Osterhasen. Die Damen und Herren von Welt haben die im Detail ausgearbeitete und patentierte Idee von Horst Bendix auf Herz und Nieren geprüft. Und sind begeistert. Erlebt Horst Bendix noch den Durchbruch oder den Absturz seiner Idee? Hoffentlich den Durchbruch!

LINKS ZUM THEMA:

● www.rebrand.ly/innovations-paradox
Ein informativer Artikel zur Frage von Innovationen.

● www.rebrand.ly/patent-sache
Eine geradezu vorbildliche Kurzfassung der Patentschrift von Horst Bendix.

● www.rebrand.ly/neuesdeutschland
1961 berichtet die Parteizeitung «Neues Deutschland» voller Stolz über die Leistungen des Kranbaumeisters Horst Bendix. Die DDR ist implodiert, Horst Bendix erfand sich nach der Wende erfolgreich neu.

● www.rebrand.ly/sprunginnovation
Rafael Laguna ist Direktor der Agentur für Sprunginnovationen. Neben dem Super-Windrad gehört auch ein Medikament gegen Alzheimer zu den Projekten, die ab 2022 mit jährlich 130 Millionen Franken gefördert werden sollten.

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»: www.workzeitung.ch



SCHEIBE! Die rechte Parlamentsmehrheit will die Pandemie per 22. März für beendet erklären. SVP-Nationalrätin Magdalena Martullo-Blocher am Rednerpult. FOTO: KEYSTONE

Corona-Amokiade im Bundeshaus: Die Rechten drehen durch

Die SVP bewirtschaftet die Not und Verwirrung der Menschen, die sie selber angerichtet hat. Vorne dabei: Ueli Maurer, SVP-Finanzminister. Und die FDP und «Die Mitte» (Ex-CVP) höselen einmal mehr hinterher.

CLEMENS STUDER

Den Expertinnen und Experten den Mund verbieten. Die Schiessstände wieder öffnen. Die Regierung entmachten. Und die Pandemie mit rechtem Mehrheitsbeschluss per 22. März für beendet erklären. Was tönt wie aus einer südamerikanischen Bananenrepublik oder aus den Trump-USA, ist unterdessen Schweizer Realität. Die Rechten drehen total durch – und dabei haben sie die Mehrheit im Bundesparlament (und übrigens auch im Bundesrat).

Die Coronazahlen stagnieren und steigen gar wieder. Bis Redaktionsschluss dieser work-Ausgabe sind in der Schweiz über 9300 Menschen offiziell an oder mit Corona gestorben. Seit Beginn der Pandemie erkrankten rund 560000 Menschen. Die zertifizierten Notfallbetten sind zu 84 Prozent belegt. Gerade mal 3 Prozent der Bevölkerung sind vollständig geimpft. Alles keine Erfolgsmeldungen.

MAULER MAURER

Eigentlich ist Pandemiebekämpfung ganz einfach, trotz schwierigen Massnahmen: je weniger Kontakte, desto weniger Ansteckungen. Das begreift jedes Primarschulkind. Nicht aber viele rechte Politikerinnen und Politiker. Oder sie stellen sich dümmer, als sie sind. Und eigentlich wäre es für reiche Länder wie die Schweiz ein Leichtes, die Folgen der Pandemiebekämpfung für Lohnabhängige und KMU abzufedern. Doch seit Pandemiebeginn weigert sich die Rechte, wirksame Massnahmen zu be-

schliessen. Geld ist genug da, man müsste es nur richtig verteilen wollen. Doch SVP-Bundesrat Maurer mault jedesmal, wenn er von der Regierungsmehrheit oder dem Parlament dazu verpflichtet wird, Geld auszugeben für die Linderung der Folgen der Pandemiebekämpfung. Wobei: jedesmal ist nicht ganz korrekt. Als es darum ging, die Banken und Versicherungen zu retten mit einem vermeintlichen KMU-Kreditprogramm, war Maurer fleissig und aufgedreht dabei. Und auch beim Millionenprogramm für die Flugindustrie tat der Aderlass Maurer nicht sonderlich weh. Auch wenn vom Bundesgeld zuerst mal die Manager-Boni bezahlt wurden. Bei den Kitas und der Kultur aber klemmt er.

RECHTE VERSAGER

Doch Maurer ist nicht allein. Denn seine «Kä-Luscht»-Haltung haben ihm die sogenannten Wirtschaftsverbände auch einfach gemacht. Und das von Marktgläubigen beherrschte Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) hat zuverlässig die erwünschten Zahlen geliefert. Eine 100prozentige Entschädigung der Kurzarbeit für untere und mittlere Einkommen ist auch noch ein Jahr nach Pandemieausbruch nur rudimentär gewährleistet. Die Geschäftsmieten sind voll geschuldet, weil die rechte Mehrheit eine Entlastungslösung gebodigt hat. Angeblich, weil die Immobilien-Haie «eigenverantwortlich» mit ihren Mietenden Lösungen fänden. Was natürlich nicht passierte. Im Gegenteil: diese beziehen sich jetzt auf die Parlamentsmehrheit und beharren auf der vollen Bezahlung der Miete auch von Firmen, die pandemiebedingt geschlossen sein mussten und müssen. Und die Auszahlung der sogenannten Härtefallgelder hat die Mehrheit der Kantone so wenig im Griff wie das Contact-Tracing. Kein Wunder, sind immer mehr Menschen verzweifelt.

VERZWEIFELTE MENSCHEN

Verzweifelt, weil sie ihr kleines Geschäft den Bach hinuntergehen sehen. Verzweifelt, weil sie ohne Umsatz Miete bezahlen

müssen. Verzweifelt, weil sie mit 20 Prozent weniger Lohn auskommen müssen (siehe auch Seite 5). Verzweifelt, weil nicht einmal die Härtefallgelder halbwegs zeitig kommen. Alle diese Menschen am Rand des Nervenzusammenbruchs sind aufgebracht. Zu Recht. Doch manche von ihnen richten ihren Zorn auf die Falschen – den Bundesrat und seine Massnahmen zur Pandemiebekämpfung. Dabei wären zum Beispiel die Wirtinnen und Wirte viel besser dran, wenn «ihr» Verband im letzten Frühsommer statt «Öffnung» zu schreiben,

Mehr Politikversagen war selten in diesem Land. Kein Wunder, dass immer mehr Menschen verzweifeln!

auf Entschädigungen analog unseren Nachbarländern gesetzt hätte. Das gleiche gilt für die Gewerbetreibenden, deren Verband ebenfalls ideologisch unterwegs ist – statt im Interesse seiner Mitglieder.

HETZE STATT HILFE

Auch die rechte Mehrheit im Parlament hat Gewerbe und KMU im Stich gelassen. Allen voran die SVP und die FDP. Um von ihrem Versagen abzulenken, hetzen sie nun lieber, statt zu helfen. Die rechte Mehrheit der Wirtschaftskommission des Nationalrates fordert ein sofortiges Ende der wirksamsten Pandemiebekämpfungs-Massnahmen. Mit Stimmen von SVP, FDP, «Mitte» (Ex-CVP) und aus der GLP erliess der Nationalrat eine «Erklärung», in der er quasi die Pandemie für beendet erklärt. Noch weiter will die SVP gehen, FDP und Mitte einmal mehr durchs Dorf treiben. So will etwa Migros-Metzger Mike Egger (SVP) den Bundesrat absetzen lassen. Bei dieser Corona-Amokiade stören die Fakten und wissenschaftlichen Erkenntnisse: darum wollen die Rechten auch gleich noch den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern der Corona-Taskforce das Maul stopfen. Mehr Politikversagen war in letzter Zeit selten in diesem Land.



DANKE, URS!

Im Haus seiner Eltern hingen die Bilder von Cuno Amiet, dem Genie von Oschwand BE. Der kleine Urs Jaeggi träumte davon, Kunstmaler zu werden. Wie Cuno Amiet.

Es kam vorläufig anders. Urs machte eine Banklehre, holte im Abendstudium die Matura nach und studierte Soziologie an

Die künstlerische Kreativität Urs Jaeggis durchbrach die Betondecke der soziologischen Realität. der Universität Bern. Er habilitierte beim Entwicklungssoziologen Richard Behrendt, erhielt einen Lehrauftrag und veröffentlichte 1966 zusammen mit Willy Wyniger und Rudolf Steiner das Buch: «Der Vietnamkrieg und die Presse».

IN BERN VERJAGT. In Bern gehörte die Soziologie damals noch zur Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät. Diese wurde beherrscht von ein paar hochkompetenten, stockkonservativen Juristen, mehrere davon Oberst im Generalstab. In seinem Buch dokumentierte Urs Jaeggi die Söldnermentalität der Schweizer Presse, namentlich der NZZ, die blind die nordamerikanische mörderische Terrorstrategie in Vietnam verteidigte. Die Juristen jagten Urs Jaeggi von der Fakultät.

Er ging nach Deutschland, zuerst an die neu gegründete Ruhr-Universität in Bochum, dann für zwanzig Jahre an die Freie Universität Berlin (1972 bis 1992). Unter seinen Doktoranden befand sich dort auch Studentenführer Rudi Dutschke. Sein Meisterwerk, «Macht und Herrschaft in der Bundesrepublik Deutschland», erschien 1969. Zusammen mit Herbert Marcuses «Der eindimensionale Mensch» wurde das Buch so etwas wie eine Bibel der Studentenbewegung. Es verkaufte sich über 400 000 Mal!

Frauen bewirken zuweilen in Männern ungeahnte Wunder. Eva, eine kluge Psychologin, war Jaeggis erste grosse Liebe. Ihre gemeinsame Tochter Rahel lehrt heute Philosophie an der Berliner Humboldt-Universität. Eva gelang es, Jaeggis Jugendtraum zum Leben zu erwecken.

DER JUGENDTRAUM. Urs Jaeggi wurde Bildhauer, Schriftsteller, Dichter. Seine künstlerische Kreativität durchbrach die Betondecke der soziologischen Realität. Seine Erfolge als Künstler sind äusserst eindrücklich. Seine massiven Eisenskulpturen begeisterten das Publikum berühmter Galerien in Berlin, Mexiko Stadt und New York. Er erhielt 1981 den Ingeborg-Bachmann-Preis für Dichtung. Seine Romane, insbesondere die Autobiographie «Brandeis», fanden ein grosses Publikum.

UNVERGESLICH. Urs war mein unvergesslicher, warmherziger Freund. Sein Kampf für Vernunft und Gerechtigkeit, seine revolutionäre Geduld und sein blitzgescheites analytisches Talent haben mich stets beeindruckt. Ich schulde ihm Bewunderung und tiefe Dankbarkeit.

Urs Jaeggi verstarb 89jährig am Samstag, dem 15. Februar, in Berlin.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Im letzten Jahr erschien im Verlag C. Bertelsmann (München) sein neuestes Buch: **Die Schande Europas. Von Flüchtlingen und Menschenrechten.**

Spanien

Knast für Königsbeleidigung

Proteste, Demonstrationen und Scharmützel mit der Polizei. Auch wüste Szenen mit Plünderern, die sich unter Protestierende mischen. In Spanien strömen derzeit Zehntausende Jugendliche auf die Strassen, die genug von der staatlichen Repression haben. Sie demonstrieren in grossen und kleineren Städten und skandieren: «Nieder mit der Polizei – Freiheit für Pablo Hasél!»



Andreas Rieger war Co-Präsident der Unia. Er ist in der europäischen Gewerkschaftsbewegung aktiv.

Pablo Hasél ist Rapper. Ex-König Juan Carlos hat er als korrupten Parasiten betitelt und die frühere spanische Untergrundorganisation ETA gelobt. Dafür gibt's in Spanien Knast. Als die Polizei Hasél abholte und einlochte, explodierte die Wut der Jungen. Kein Wunder! Schon vor der Coronakrise waren 40 Prozent von ihnen arbeitslos. Und die anderen bekamen fast nur prekäre Jobs. Jetzt ist ihre ökonomische Situation noch mieser.

FRANCOS KNEBELGESETZ. Noch immer leben in Spanien Gesetze aus den düsteren Zeiten von Diktator Franco weiter, wie im sogenannten Knebelgesetz (Ley Mordaza). 2015 verschärfte der reaktionäre Ministerpräsident Mariano Rajoy das Gesetz noch. Illegal sind auch Gesinnungen: etwa Beleidigung des Königshauses. Gewerkschafter wurden schon verurteilt mit diesem Knebelgesetz. Feministinnen, Journalisten und Künstlerinnen ebenfalls. Und auch der Rapper Hasél. Amnesty International kritisiert das Gesetz als skandalös. Der Europarat verlangt seine Revision.

TATEN STATT WORTE. 2018 kündigte Spaniens Linksregierung unter Ministerpräsident Pedro Sánchez eine Reform an. Aber dann war ihr anderes wichtiger. Und nun sind die Sozis für die radikalisierten Jugendlichen ein Teil der Staatsgewalt, die willkürlich Knaststrafen verfügt. Und auch die Partei «Podemos» steckt in der Bredouille: Sie entstand aus der Jugendbewegung der «Indignados» (der Empörten) und ist jetzt Teil der Regierung. Podemos macht sich nun daran, die Gesinnungsparagrafen zu streichen. Immerhin!

Und immerhin muss jetzt auch Ex-König Juan Carlos in einer Untersuchung wegen Korruption antraben, wie auch Ex-Ministerpräsident Rajoy – wegen illegaler Parteifinanzierung. Da geht's immerhin um illegale Taten und nicht um Gesinnungen.



Das «System DPD» unter der Lupe

Die Arbeitsbedingungen der Paketzustellerinnen und -zusteller von DPD sind miserabel: überlange Arbeitszeiten, nicht bezahlte Arbeitsstunden, riesiger Stress. Die Unia unterstützt die Chauffeure und zeigt in einem ausführlichen Report, wie das «System DPD» die Ausbeutung der Arbeitnehmenden organisiert. Mehr erfahren:

www.unia.ch/respekt-dpd



STEUERPARADIES: Die Caymans sind beliebte Inseln, um Gewinne vor dem Fiskus zu verstecken. FOTO: GETTY

Steuerhinterzieher: Neue Zahlen zu einem Monsterbusiness «Versteckis» mit Milliarden

Jedes Jahr verlieren Staaten fast eine halbe Billion Franken durch Steuerflucht – und die Schweiz fördert dies auch noch. Das zeigen neue Berechnungen.

RALPH HUG

Was haben Reiche und Konzerne gemeinsam? Viel Geld. Und was tun sie gerne? Sie lassen es vor dem Fiskus verschwinden. Missbrauch, Hinterziehung und Steuerflucht sind zu einem Monsterbusiness geworden. Die Zahlen im neuen Report des «Tax Justice Network» machen schwindlig. Diese internationale Nichtregierungsorganisation berechnet seit Jahren das Ausmass der Steuerflucht von multinationalen Konzernen und vermögenden Privatpersonen.

Und für 2020 sieht es so aus: Insgesamt wanderten umgerechnet 383 Milliarden Franken unverteuert in die Steueroasen dieser Welt. 220 Milliarden Dollar gehen auf Kosten von Unternehmungen. Ihr Trick heisst «Profit Shifting»: Sie verschieben ihre Gewinne gezielt dorthin, wo keine oder fast keine Steuern anfallen. Zum Beispiel auf kleine Karibikinseln wie die Cayman Islands oder Bermuda. Für den Rest von 163 Milliarden Dollar sind

Reiche und Superreiche verantwortlich. Sie schleusen undeclared Vermögen und Einkommen in Offshore-Verstecke, wo sie nicht belangt werden können. Alles Geld, welche die Staaten dringend benötigen. Gerade auch für die Bewältigung der Corona-Pandemie.

Die Fachleute rechnen vor: «Global gesehen verlieren wir jedes Jahr eine Summe, die dem Jahreslohn von 34 Millionen Krankenpflegerinnen entspricht.» Wäre das Geld ordentlich versteuert statt versteckt und hinterzogen, hätten wir kein Personalproblem mehr in den Spitälern dieser Welt. Alle Menschen, so das Netzwerk, würden die Rechnung dieses horrenden Steuer-

Die Schweiz gehört zur grossen Achse der Steuervermeidung.

missbrauchs bezahlen – nämlich durch unnötiges Leiden, zu hohe Todesraten, schlechte öffentliche Versorgung und eine wachsende Ungleichheit. «Gewinner sind die Täter und die sehr Reichen auf Kosten von uns allen.»

Dank der Organisation für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD) ist es nun erstmals möglich, die Steuerflucht von Unternehmen nach Staaten

aufzuschlüsseln. Allerdings ohne Namen. Die Schweiz verliert demnach jedes Jahr 791 Millionen Dollar oder sieben Prozent des Steueraufkommens durch Multis, die ihre Gewinne in Steueroasen verschieben, statt sie in der Schweiz zu versteuern, wo sie erwirtschaftet wurden.

LAXE GESETZE

Doch die Schweiz ist in diesem üblen Spiel nicht Opfer, sondern vor allem Täterin. Denn sie hilft durch Steuerdumping und laxe Gesetze mit, dass sich die Internationale der Steuerhinterziehenden weiterhin schamlos bereichern kann. Das Netzwerk zählt die Schweiz zur grossen «Achse der Steuervermeidung», bestehend aus dem Vereinigten Königreich samt Übersee-Territorien, den Niederlanden und Luxemburg. Diese vier Staaten sind für ganze 55 Prozent der Steuerverluste durch Unternehmen verantwortlich.

Ist gegen dieses gigantische «Versteckis» kein Kraut gewachsen? Doch. Das Netzwerk fordert mit Blick auf die Corona-Kosten eine Vermögensabgabe sowie eine Besteuerung exzessiver Gewinne (siehe Box).

Der Report «The State of Tax Justice 2020» kann hier heruntergeladen werden (englisch): rebrand.ly/tax-justice.

Sondersteuer für Reiche

Transparenz, progressive Steuern und eine Sonderabgabe für Reiche: Diese drei Massnahmen fordert die internationale Nichtregierungsorganisation «Tax Justice Network» im Kampf gegen die globale Steuerhinterziehung durch Multis und Reiche. Gewinne müssten dort versteuert werden, wo sie anfallen. Sodann seien progressive Steuern nötig. Zur Bekämpfung der Pandemie verlangt das Netzwerk eine Sondersteuer für Reiche.

STEUERREGISTER. Zum ABC der Steuertransparenz gehörten auch ein automatischer Informationsaustausch sowie öffentliche Steuerregister. Diese müssten die wahren wirtschaftlich Berechtigten von Konten offenlegen. Schliesslich regt das Netzwerk eine Uno-Steuerkonvention an. Mehr Steuergerechtigkeit könne letztlich nur durch weltweit gültige Regeln erreicht werden. (rh)

Dank der Unia flog der jahrelange Lohnschiss überhaupt auf: Gerüstbau Tscherner AG endlich verurteilt

Jahrelang hat der Chef der Gerüstbau Tscherner AG systematisch und raffiniert seine Mitarbeitenden um ihren Lohn betrogen.

RALPH HUG

20 Monate Gefängnis bedingt. Und dazu eine Geldstrafe von 175 Tagessätzen à 300 Franken, macht insgesamt 52 500 Franken. Ebenfalls bedingt. Doch die Busse von 10 000 Franken ist fällig. Das ist die Strafe für die jahrelangen Machenschaften des Geschäftsführers der Gerüstbaufirma Tscherner AG aus Domat/Ems. Der 54-jährige stand Mitte Februar vor dem Bündner Regionalgericht Imboden, das für den Raum Chur zuständig ist. Das Urteil wegen Urkundenfälschung, gewerbsmässigen Betrugs, Verstössen gegen das Arbeitsgesetz und Ungehorsam gegen amtliche Verfügungen ist zwar noch nicht rechtskräftig. Doch der Mann wird sich nicht mehr viel leisten können.

GEFÄLSCHTE RAPPORTE

Dank der Unia flog der jahrelange Lohnschiss überhaupt auf: Maja Juric von der Bündner Unia-Sektion erinnert sich noch gut: «Es kamen damals immer mehr Leute von

Tscherner zu uns und beklagten sich, sie seien vom Chef betrogen worden: Arbeitszeiten seien falsch berechnet und zu wenig Lohn ausbezahlt worden.» Über längere Zeit hat Juric die Fakten gesammelt. Bald konnte sie belegen, wie Arbeitsrapporte durch falsche Zeitab-

Über längere Zeit hat Unia-Frau Juric die Fakten gesammelt.

rechnungen gefälscht waren. Immer mit dem Ziel, weniger Lohn auszahlen zu müssen. Um die Fakten hieb- und stichfest auf den Tisch zu bekommen, fotografierten die Betroffenen jeweils die Stempeluhr bei Arbeitsantritt und am Feierabend.

RACHEKÜNDIGUNGEN

Die nötigen Ermittlungen stellte die nationale paritätische Kommission Gerüstbau mit Hilfe eines Anwalts an, als ihr die Unia den schweren Fall aus Graubünden meldete. Es kam heraus, dass die Falschabrechnungen und Manipulationen bei der Zeiterfassung bis ins Jahr 2004 zurückgingen. Es sei bisher kein Fall bekannt, bei dem



GERÜSTBAUER: Buezer der Graubündner Tscherner AG. FOTO: ZVG

so raffiniert und systematisch vorgegangen worden sei, hiess es aus der Kommission. Einstimmig entzog die Branchenkommission 2015 der Tscherner AG die GAV-Konformität. Das heisst, diese musste für eine gewisse Zeit auf Aufträge der öffentlichen Hand verzichten. Zudem brummte ihr die Kommission eine Busse von mehr als einer halben Million Franken auf – die bis dato höchste Strafe gegen eine Gerüstbaufirma. Die betroffenen Buezer machten

viel durch. Die Unia ging mit dem monströsen Fall 2015 an die Öffentlichkeit, um den Machenschaften endlich einen Riegel zu schieben. Der Geschäftsführer reagierte darauf prompt mit der Entlassung von sieben Mitarbeitenden – ein klarer Fall von Rachekündigung. Die Unia organisierte für die missbräuchlich geschassten Kollegen eine Solidaritätsaktion mit Kaffee und Gipfeli. Und Unia-Frau Juric suchte für sie neue Stellen. Sie war dabei erfolgreich: «Wir fanden für praktisch alle einen neuen Job», sagt sie. Vor zwei Jahren kam es zu einer aussergerichtlichen Einigung zwischen elf geprellten Mitarbeitenden und der Firma Tscherner. Diese erstattete ihnen mehrere Hunderttausend Franken an geschuldetem Lohn zurück. Ein weiterer sechsstelliger Betrag ging darüber hinaus an die Sozialversicherungen. Diese gehörten ebenfalls zu den Geprellten. Denn die Firma hatte teils Löhne bar in die Hand ausbezahlt, ohne Sozialabzüge. Aber auch ohne Überstundenzuschläge von 25 Prozent.

Die Firma Tscherner gibt's zwar noch. Aber sie ist seit letztem Jahr unter dem Dach der Bündner Baufirma Zindel.

Aggressionen, Attacken und Übergriffe der Polizei: So gefährlich leben Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter

Überfall 1: Berner Polizei schikaniert Unia-Leute Tabea Rai und Julien Mayor «Hände zeigen, Tasche auf den Boden!»

ANNE-SOPHIE ZBINDEN

Ein Mittwochabend im Februar in Bern. Unia-Frau Tabea Rai (27) und Unia-Mann Julien Mayor (29) sind im Berner Breitenrainquartier unterwegs. Sie sprays Parolen auf den Boden. Mit Kreidespray. Der kann mit Wasser jederzeit gewaschen werden. Es ist kurz vor der Abstimmung über mehr Sonntagsverkäufe, was die Unia ablehnt. Die beiden sprays Sätze wie: «Nein zu mehr Sonntagsverkäufen!». Plötzlich biegt ein Polizeiauto in irrem Tempo um die Ecke, fährt Gewerkschafterin Rai vor die Füsse. Zwei Polizeibeamte hechten aus dem Auto und schreien «Hände zeigen, Tasche auf den Boden!» Dann fährt noch ein zweiter Streifenwagen vor, wenig später ein dritter. Fünf Polizisten und eine Polizistin stehen nun Rai und Mayor gegenüber. Rai sagt: «Ich bin wahnsinnig erschrocken!» Zunächst denkt sie noch, es handle sich nur um eine Ausweiskontrolle. Damit hat sie gerechnet. Rai kennt andere, die ihre Ausweise beim Kreidesprayen zeigen mussten, dann aber weitermachen durften. Doch die Beamten nehmen ihnen die Dosen weg und führen sie ab.

PEINLICH. Im Hauptquartier der Berner Kantonspolizei werden die beiden in eine Kabine gesteckt. Unia-Mann Mayor muss die Hose ausziehen. Bei ihm lassen die Beamten es immerhin dabei bewenden. Unia-Frau Rai hingegen muss sich bis auf die Unterwäsche ausziehen, jedes Kleidungsstück wird peinlich genau inspiziert. Die Beamtin greift sogar unter die Unterwäsche.

Für Strafrechtsprofessor Jonas Weber von der Uni Bern ist klar: «Wenn es tatsächlich nur um die Kreidesprayereien ging, dann war die Leibbesichtigung unverhältnismässig.» Auch deshalb, weil die Beamten die Dosen ja bereits konfis-



KRASS: Wegen Sprayens mit Kreide wurden Tabea Rai und Julien Mayor abgeführt. FOTO: MATTHIAS LUGGEN

ziert hatten. Grundsätzlich sei eine Leibbesichtigung nur dann verhältnismässig, wenn der Verdacht bestehe, dass eine Person eine Waffe oder sonst einen verbotenen Gegenstand am Körper trage.

Isabelle Wüthrich, Mediensprecherin der Kantonspolizei Bern, schreibt work, es sei auch in ihrem Interesse, die Verhältnismässigkeit von Massnahmen zu prüfen. Im konkreten Fall seien diesbezüglich bereits interne Abklärungen im Gang. Ob Sprayen mit Kreide generell verboten sei, könne sie nicht sagen. Das müsse im Einzelfall geprüft werden.

KLEINLICH. Aber warum behandelt die Polizei Mayor und Rai unterschiedlich? Warum geht sie ausgerechnet bei der Frau noch unverhältnismässiger vor? Liegt das vielleicht daran, dass

sie indische Wurzeln hat? Rai sieht das eindeutig so. Es ist auch nicht das erste Mal, dass sie rassistisch motivierte Schikanen erlebt.

Schliesslich darf sich Rai wieder anziehen, es geht jetzt zur Befragung. Unterdessen hat die Polizei zwei weitere Kollegen damit beauftragt, vor

«Die Leibbesichtigung war unverhältnismässig.»

STRAFRECHTSPROFESSOR JONAS WEBER

Ort mit Wasser zu testen, ob sich die Kreidesprayereien tatsächlich entfernen liessen. Rai erinnert sich: «Sie sagten, Sachbeschädigung sei es nicht.» Was dann? Warum wurden Mayor und Rai verhaftet? Wenn selbst die Grüne Berner Bildungsdirektorin Franziska Teuscher die Kinder auffordert, die Stadt mit Kreidezeichnungen

zu verschönern? Als Rai dieses Argument vorbringt, antwortet ein Polizist, US-Präsident Trump habe auch zum Sturm aufs Capitol aufgerufen.

Die Berner Stadtpolizei hat nun gegen Mayor und Rai Strafanzeige erhoben. Wegen Verunreinigung von fremdem Eigentum (Gesetz über das kantonale Strafrecht, Artikel 8). Strafrechtsprofessor Weber findet diese Anzeige «etwas weit hergeholt». In diesem Artikel gehe es der Sache nach um den Schutz historisch wertvoller Bauten, nicht um Bagatellen wie Kreidespray auf Trottoirs. Zudem hält Weber die Anzeige für «kleinlich». Und zwar deshalb, weil die Unia-Leute für ein politisches Engagement unterwegs waren. «Ich würde mir für solche Fälle ein grosszügigeres und demokratiefreundlicheres Verhalten der Polizei wünschen.»

Unia-Geschäftsleitungsmitglied Nico Lutz:
«Wir leben nicht wirklich gefährlich»



Bevor er zur Gewerkschaft kam, habe er, etwa an Demos, wesentlich mehr Tränengas und Verhaftungen erlebt als in den fünfundzwanzig Jahren seither. Das sagt Unia-Bauchef Nico Lutz (50). Angriffe gegen Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter seien zum Glück die Ausnahme. Doch wenn sie vorkämen, müsse man scharf reagieren.

MARIE-JOSÉE KUHN

work: Unia-Mann Aymen Belhadj wurde vor einem DPD-Depot von einem wütenden Fahrer fast überfahren (siehe Artikel links unten). Wie oft passiert so etwas?

Nico Lutz: Das ist aussergewöhnlich krass. Deshalb erstatten wir auch Anzeige. So was darf nicht sein! Wir dürfen uns aber auch nicht einschüchtern lassen. Risiken gehören ein Stück weit zum Gewerkschaftsjob dazu: Wer sich engagiert, steht

manchmal auch im Gegenwind. Das soll aber nicht heissen, dass wir uns Übergriffe gefallen lassen müssen. Auch polizeiliche nicht. Was Unia-Frau Tabea Rai und ihrem Kollegen Julien Mayor auf dem Polizeiposten der Berner Stadtpolizei passiert ist, ist völlig unverhältnismässig und inakzeptabel (siehe Artikel links oben).

Aber es gibt doch immer mal wieder Konflikte und Rempelen zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaftern...

...wenn Menschen in Konfliktsituationen die Sicherung durchbrennt, kommt es manchmal zu Kurzschlussreaktionen. Ein Bauführer droht dann schon mal mit einem Werkzeug. Oder in Genf geschehen: da fuchtelte ein Vorgesetzter plötzlich mit einem Gewehr herum. Später stellte sich heraus, dass es eine Attrappe war. Aber wir haben dennoch Anzeige gemacht. Generell leben wir aber nicht wirklich gefährlich. Das sind Einzelfälle.

Kommt es auch vor, dass Ihre Seite mal die Nerven verliert?

Seltenerweise ist auch das schon passiert. Und auch da reagieren wir sofort. Um das zu vermeiden schulen wir unsere Leute, bevor sie aufs Terrain gehen. Wir klären sie über ihre Rechte auf, etwa das Recht des Zutritts auf Baustellen. Konflikt-Handling ist ein weiteres Thema der Ausbildung: Vor einer Aktion gilt es, sich der möglichen Risiken bewusst zu werden. Aktionen bedürfen einer sorgsameren und sorgfältigen Planung. Also nicht dreinschiessen! Konkret raten wir: Bestimmt in der Sache auftreten, nicht nachgeben, aber ruhig mit dem Gegenüber reden.

Und wenn's doch eskaliert?

Da versuchen wir zu deseskalieren: Hände in den Hosensack und sich nicht provozieren lassen. Aber bestimmt unsere Rechte wahrnehmen.

Und wenn das Gegenüber die Polizei ist?

Da gelten dieselben Verhaltensregeln. Wir müssen die Polizistinnen und Polizisten übrigens regelmässig darüber aufklären, dass es ein Streikrecht gibt und sich die Polizei in Arbeitskämpfen neutral zu verhalten hat. Leider tut sie das nicht immer.

Überfall 2: So etwas hat Unia-Mann Aymen Belhadj (32) noch nie erlebt «Ich dachte schon, das war's jetzt! Fertig!»

MARIE-JOSÉE KUHN

Es ist noch dunkel in der Früh. Unia-Sekretär Aymen Belhadj und sein Kollege Pascal Vosicki verteilen Flugblätter vor dem Depot des Päckliendienstes DPD in Bussigny VD. Die beiden tragen gut sichtbare Unia-Warnwesten und stehen am

«Willst du mich umbringen, oder was?»

UNIA-MANN AYMEN BELHADJ

Strassenrand. Die Fahrer, die das Depot verlassen, halten kurz an, Belhadj und Vosicki strecken ihnen die Flyer entgegen und eine Dose Redbull als Giveaway. Um viertel nach fünf geht Belhadj zum Unia-Auto, Redbull-Nachschub holen. Unterwegs sieht er einen DPD-

Fahrer, den er kennt. Dieser hält neben dem Unia-Mann, kurbelt die Scheibe runter, sie plaudern.

Plötzlich hupt hinter Belhadj ein weisser Lieferwagen ohne Aufschrift, der Motor heult auf, der Wagen gibt Gas. Belhadj drückt sich ans Auto des befreundeten DPD-Fahrers. Der Lieferwagen rast vorbei. Geschockt und zitternd brüllt der Unia-Mann dem Raser-Fahrer nach: «Hey, was machen Sie da?»

GEFÄHRLICH NAH

Der Lieferwagen reisst einen Stop. Rollt nun rückwärts. Direkt auf Belhadj zu. «Ich traute meinen Augen nicht», sagt dieser zu work. In letzter Minute kann sich der Unia-Mann mit einem Riesensprung zur Seite retten. Haarscharf! Belhadj ist ausser sich und ausser Atem. Da

sieht er, wie das Camionette erneut einen Stop reisst. Sein Fahrer steigt aus. Belhadj: «Er trug einen Bart, kam auf mich zu und schrie: «Du hast hier nichts zu suchen!» Belhadj weicht taumelnd zurück. Nichts wie weg! denkt er. Ganz mulmig ist ihm. Er ruft dem Raser zu: «Willst du mich umbringen, oder was?» Er sei Gewerkschafter und dürfe seine Arbeit hier machen.

Doch der Wüterich ist nicht zu bremsen. Er kommt noch näher. Die Augen zusammengekniffen. Gefährlich nah. Da springt der befreundete DPD-Fahrer dazwischen. Donnert dem Raser entgegen:



Aymen Belhadj

FOTO: ZVG

gen: «Mann, spinnst du?» Und hält ihn mit ausgestrecktem Arm auf Distanz. Wehrt ihn ab. Nach ein paar Minuten stillen Ringens zieht der Wüterich fluchend ab. Steigt in sein Camionette, fährt weg.

Zwei Wochen sind vergangen seither. Doch der Schreck sitzt Aymen Belhadj noch immer in den Knochen: «So etwas habe ich noch nie erlebt! Ich dachte: Das war's jetzt! Fertig, aus!» sagt er. Belhadj hat jetzt bei der Staatsanwaltschaft eine Strafanzeige eingereicht.



PÄCKLI-POST: Amazon kontrolliert fast jeden Schritt seiner Fahrer. FOTO: AFP

Ein dickes Geschäft mit mageren Löhnen

Das Amazon-System

Ob DPD oder Amazon, das System bleibt gleich: Der Konzern diktiert die miesen Arbeitsbedingungen, die Verantwortung schieb er aber auf Subunternehmen ab.

MICHAEL STÖTZEL

Am 15. Februar, morgens um halb sieben, eröffneten rund 400 Fahrerinnen und Fahrer das Streikjahr für den US-Onlinegiganten Amazon. Die Streikenden im norditalienischen Vigonza sind nicht direkt bei Amazon angestellt, sondern bei Subunternehmen (wie bei DPD, siehe Text rechts). Es ging um unerträglichen Arbeitsdruck und magere Löhne. Hinzu kam das Coronavirus, das bereits viele Amazon-Standorte zu Hotspots gemacht hat. Einer der streikenden Fahrer, der schon seit mehreren Jahren für Amazon unterwegs ist, sagt: «2017 mussten wir täglich 60 bis 70 Lieferungen ausfahren, heute sind es 120 bis 140. Amazon kontrolliert sogar unsere Pausen.» Ein Sprecher der italienischen Transportarbeitervereinigung (FILIT) im nationalen Gewerkschaftsbund CGIL ergänzt, die Fahrerinnen und Fahrer hätten genaue Vorgaben zu ihren Routen, und bei dem Zeitdruck, unter dem sie liefern müssten, brächen sie ständig sich selbst und andere in Gefahr.

Fast ein Jahr haben sich die Streikenden und die Gewerkschaft um eine Verhandlungslösung mit Amazon be-

müht. Vergeblich: In Vigonza wie auch an anderen italienischen und weiteren Standorten behauptet der Konzern dreist, er sei nicht für die Arbeitsbedingungen der von ihm beauftragten Spediteure zuständig.

SCHEINSELBSTÄNDIGE

Genau dies ist das Prinzip von Amazon Logistics, dem hauseigenen Paketlieferdienst. In Deutschland startete er vor fünf Jahren und entwickelte sich mittlerweile zu einem der grössten Lieferdienste des Landes. Wer mitmachen will, benötigt laut jugendlich-flotter Amazon-Werbung 25000 Euro und den Mut, sich als selbständiger Unternehmer zu versuchen. Dazu braucht es ein Fahrzeug, das Amazon inklusive Schriftzeichen verbilligt oder per Leasing anbietet, ausgerüs-

«2017 mussten wir täglich 60 bis 70 Lieferungen ausfahren, heute sind es 120 bis 140.»

AMAZONFAHRER IN ITALIEN

tet mit Navigationssystem und Paketscanner. Dann muss der «selbständige Unternehmer» nur noch die Fahrerinnen und Fahrer anstellen und für ihre ordnungsgemässe Sozialversicherung sorgen. Alles andere macht Amazon: Er schult die Jungunternehmer und schreibt den Fahrerinnen Uniformen und Arbeitszeiten vor. Über ihr Navi erhalten die Fahrer genaue Vorgaben, welche Strassen in welcher Reihenfolge sie nehmen müssen. Der Konzern ist jetzt auch die Stundenlöhne: In Deutschland sind das je nach Standort 11,30 bis 12,70 Euro, nach zwei Jahren 2600 Euro brutto.

Ob sich die «LogistikPartner» daran halten? Das kontrolliert Amazon nicht.

All diesen Vorgaben und Abhängigkeiten zum Trotz gelten die neuen Unternehmern rechtlich nicht als Scheinselbständige. Amazon muss deshalb auch die seit 2019 in Deutschland geltende Nachunternehmerhaftung nicht fürchten, die vergleichbar mit der Solidarhaftung des Erstunternehmers im Schweizer Baugewerbe ist. Das bestätigt zähneknirschend sogar die Gewerkschaft Verdi.

AMAZON FLEX

Ein Problem löst allerdings auch Amazon Logistics nicht: Es fehlen Fahrerinnen und Fahrer, die bereit sind, bei den gebotenen Löhnen und Arbeitszeiten die Pakete auszuliefern. Für etwas Entspannung zumindest in Grossstädten soll das Amazon Flex sorgen. Ganz nach dem Prinzip Uber kann, wer volljährig ist, ein Auto und ein Smartphone besitzt, als selbständiger Fahrer für das Unternehmen arbeiten. Der Köder in Deutschland: ein Stundenlohn von 25 Euro. Versteht sich: Die Fahrerinnen und Fahrer müssen selbst für Benzin und Unterhalt des Autos sorgen, sie müssen sich versichern und haben keinerlei Arbeitsschutz.

Unklar ist allerdings, wie lange diese besonders dreiste Form der Ausbeutung noch erlaubt ist. Spanien hat sie als erstes Land letztes Jahr als betrügerisch beurteilt und verboten. Laut dortigen Erhebungen verdienen die 3000 Beschäftigten nach Abzug der Kosten für Benzin, Instandhaltung ihres Autos und Versicherung unter dem Strich gerade mal 5 Euro pro Stunde. Der Konzern ist jetzt gezwungen, Amazon Flex in Spanien einzustellen und die verbleibenden «Selbständigen» fest anzustellen.

Neuer Unia-Report enthüllt haarsträubende Zustände beim Päckliendienst DPD

Drei Stunden Gratisarbeit. Pro Tag!

Sie chrapfen zwölf Stunden am Tag und mehr: die Fahrerinnen und Fahrer der Postdienstleisterin DPD. Doch ein grosser Teil ihrer Arbeitszeit wird weder aufgeschrieben noch bezahlt.

CHRISTIAN EGG

Wer im Auftrag der DPD fährt, muss früh aufstehen. Um halb sechs treffen die Kurierinnen und Kurier mit ihren Lieferwagen im Depot ein. Etwa drei Stunden lang beladen sie ihr Fahrzeug, dann geht's los auf die Tour. Filip Mitreski*, DPD-Fahrer im Kanton Bern, sagt zu work:

«Wir sind wie Bomben auf der Strasse, die jederzeit hochgehen können.»

FILIP MITRESKI, DPD-FAHRER

«Wenn ich Glück habe, bin ich um halb fünf am Abend fertig. Wenn ich viele Pakete habe, erst um halb

sieben.» Sein Kollege Jakob Kucar*, seine Tour liegt im Kanton Baselland, ist sogar oft erst um sieben fertig.

Das sind Arbeitstage von zwölf, dreizehn Stunden, manchmal mehr. Montag bis Freitag. Und meist ohne Pausen. Fahrer Kucar: «Ich esse während des Fahrens. Ich könnte schon Pausen einplanen. Aber dann wäre ich erst um zehn Uhr abends zu Hause und würde Frau und Kinder gar nicht mehr wach sehen.» Tiago Dias*, auch er DPD-Fahrer im Kanton Bern, isst öfter mal den ganzen Tag lang nichts.

60-STUNDEN-WOCHEN

In den Arbeitsverträgen der drei Fahrer, mit denen work gesprochen hat, stehen Wochenarbeitszeiten von 42 bis 45 Stunden. Sie alle arbeiten aber 60 Stunden und mehr. Und zwar, ohne dass diese Mehrstunden bezahlt werden! Es ist einer der grössten Skandale des Coronajahres in der Schweiz: Der Onlinehandel boomt, mit ihm auch das Geschäft der Päckliendienstleister. Doch die rund 800 Fahrerinnen und Fahrer im Auftrag von DPD leisten diese gigantische Mehrarbeit schlichtweg gratis.

Mit etwa 200 von ihnen haben Unia-Sekretärinnen und -Sekretäre in den letz-

ten Monaten gesprochen. Was sie zu hören bekommen, ist erschreckend.

«Ich esse während des Fahrens.»

JAKUB KUCHAR, DPD-FAHRER

Roman Künzler, Branchenleiter Logistik: «Niemand von diesen Mitarbeitenden bekommt Ende Monat vom Chef eine Stundenabrechnung!» Obwohl das Erfassen der Arbeitszeit gesetzlich vorgesehen ist. Die Gespräche hat die Unia in einem 35seitigen Report zusammengefasst (rebrand.ly/dpd-report). Er zeigt auf, wie DPD die Fahrerinnen und Fahrer nicht direkt anstellt, sondern via Subunternehmen (siehe Kästen rechts unten). Diese bezahlen mies. Die Löhne von Mitreski, Kucar und Dias liegen zwischen 3600 und 4250 Franken im Monat. Aber auch nur theoretisch.

ILLEGALE STRAFEN

Filip Mitreski sagt, ihm würden manchmal 100 oder auch 300 Franken vom Lohn abgezogen – wegen angeblicher Fehler, die er begangen haben soll: «Wenn ich frage, was ich falsch gemacht habe, bekomme ich keine Auskunft.» Kucar berichtet, sein Chef habe ihm einmal fast 500 Franken abgezogen: «Der Kunde hat für das Paket unterschrieben, es dann offenbar verloren und dann bei DPD reklamiert.»

* Namen geändert.



PÄCKLIBOOM IM CORONAJAHR: Das Geschäft mit der Päckli-post hat enorm zugelegt. Die rund 800 Fahrerinnen und Fahrer im Auftrag von DPD leisten diese gigantische Mehrarbeit gratis. FOTO: SHUTTERSTOCK

er habe es nie bekommen. Wir Fahrer sind immer die Dummen.» Der Unia-Report stellt klar fest: Solche Strafen sind gesetzeswidrig. Fast alle Fahrerinnen und Fahrer haben einen ausländischen Pass. Mitreski ist sich sicher: Die Subunternehmer stellen absichtlich kaum Schweizerinnen und Schweizer ein. «Als ich vor ein paar Jahren in die Schweiz kam, wusste ich nichts von vier Wochen Ferien, von dreizehntem Monatslohn oder von Arbeitszeiterfassung. Wer hier geboren ist, weiss das und lässt nicht alles mit sich machen.»

Viele der Pakete seien schwer, sagt Fahrer Jakob Kucar. Oft 30 Kilo, manchmal sogar 40. Die Suva empfiehlt maximal 25. Das hat Folgen. Kucar, Mitte 30, hat oft Rückenschmerzen. Zudem sei er ständig erschöpft: «Am Wochenende mag ich gar nichts machen.» Fahrer Dias hatte seit zwei Jahren keine Ferien mehr und sagt: «Meine Batterien sind gross. Aber irgendwann sind sie leer.»

1500 KILO ÜBERLADEN

Und trotzdem muss er weiterfahren, um den Job zu behalten. Die Fahrer sind sich be-

wusst, dass das gefährlich ist – für sie und für andere. Zumal viele der Lieferwagen, die im Auftrag der DPD unterwegs sind, alt und klapprig seien. Tiago Dias berichtet von alten Bremsen, die den Bremsweg verlängerten, und Jakob Kucar sagt: «Manchmal ist mein Lieferwagen um 1500 Kilo überladen, wenn ich vom Depot wegfare.»

Fahrer Mitreski berichtet von Wagentüren, die sich von selber öffnen – und dass es im vorletzten Winter sechs Wochen dauerte, bis sein Fahrzeug endlich mit Winterpeu ausgerüstet wurde. Trotzdem müsse er immer schnell fahren, um den Zeitplan einzuhalten. Er sagt: «Wir sind wie Bomben auf der Strasse, die jederzeit hochgehen können.»

JETZT IST GENUG!

Von alledem haben die Fahrerinnen und Fahrer jetzt genug. Sie sind der Unia beigetreten, haben sich in der Freizeit getroffen und überlegt, was sich ändern müsse. Sie haben 13 Forderungen aufgestellt (rebrand.ly/dpd-forderungen), über 300 Mitarbeitende unterstützen diese mit ihrer Unterschrift. Anfang Februar haben die Fahrerinnen und Fahrer, die im Auftrag

der DPD unterwegs sind, DPD zu Verhandlungen aufgefordert. Und eine Absage bekommen.

Eine DPD-Sprecherin schreibt work: «Wir sind bereit, einen Dialog zu führen – das aggressive Verhalten von Unia werten wir hingegen nicht als Dialog und weisen die Vorwürfe entschieden zurück.» Was sie mit aggressivem Verhalten meint, lässt sie offen.

Unmissverständlich dagegen die Aktion eines DPD-Subunternehmers im Kanton Waadt: Er attackierte einen Unia-Sekretär lebensgefährlich (siehe Seite 9).

«Wir fordern nur das, was uns zusteht. Mehr nicht.»

TIAGO DIAS, DPD-FAHRER

Bedroht werden im System auch die Fahrerinnen und Fahrer. Tiago Dias berichtet: «Ein Subunternehmer liess seinen Leuten aussprechen: Wer mit der Unia spricht, wird entlassen.»

Trotz allem bleibt Dias cool: «Wir fordern nur das, was uns zusteht. Mehr nicht.» Und er ist sicher: «Früher oder später wird DPD die meisten unserer Forderungen erfüllen.»

Unter Druck und Unterdrücker: So funktioniert das DPD-Subunternehmer-System

DPD ist eine international tätige Paketdienstleisterin. Das Unternehmen mit 75000 Mitarbeitenden gehört dem französischen Staat. In der Schweiz ist DPD nach der Post die Nummer zwei im Paketmarkt.

Fahrer Filip Mitreski staunte nicht schlecht, als er sich bei DPD um einen Job bewarb: Kontaktiert wurde er dann von einer ihm unbekanntem Firma. Denn DPD stellt keine Chauffeurinnen und Chauffeure selber an. Das machen Subunternehmer.

Der Unia-Report bringt Licht ins System DPD: Fast alle Subunternehmen sind klein, mit höchstens 10 bis 15 Mitarbeitenden. Kein Zufall, vermutet Unia-Mann Roman Künzler: «So kann

DPD jederzeit den Vertrag mit einem Unternehmen kündigen, ohne dass das System aus den Fugen gerät.»

UNGESETZLICH? Die Freiheit der Subunternehmer ist minimal. Arbeitskleidung, Fahrzeuge, Scanner, die Touren, die Entschädigung pro Stop: alles wird von

DPD schreibt den Subunternehmen alles minutiös vor.

DPD minutiös vorgeschrieben. Künzler: «Der einzige Weg, wie die Subunternehmen ihre Profite erhöhen können, ist, die Löhne und Arbeitsbedingungen der

DUCE-PORTRAIT:

DPD-KADERMANN VERHERRLICHT MUSSOLINI



FOTO: ZVG

Unübersehbar hing bis vor kurzem im DPD-Depot in Giubiasco TI ein Portrait des italienischen Faschistenführers Benito Mussolini (1883–1945). Und zwar im Büro eines Kaderangestellten. Neben dem Bild der Spruch: «Ich habe keine Angst vor dem Feind, der mich angreift, sondern vor dem falschen Freund, der mich umarmt.» Mussolinis Regime war für den Tod etwa einer Million Menschen verantwortlich.

Als die Tessiner Unia-Zeitung «area» die DPD-Geschäftsleitung darauf anspricht, schreibt diese: «Wir distanzieren uns klar von solchen politischen Sympathien.» Das Bild sei «umgehend» entfernt worden. (che)

SCHLUSS MIT MISSSTÄNDEN: PROTEST IN PARIS



FOTO: UNIA

Dicke Post für Geopost, die Muttergesellschaft von DPD Schweiz mit Sitz in Paris: Am 1. März übergab ihr die Unia den umfangreichen Report «Das System DPD» und forderte die Firma auf, Verantwortung für die Missstände in der Schweiz zu übernehmen. Die französischen Gewerkschaften CGT und SUD unterstützen die Unia bei der Protestaktion. Geopost gehört der französischen Post und somit dem Staat. Die Forderung war klar: Geopost muss die Verweigerungshaltung des Schweizer Managements beenden. (che)

Wichtige Erfolge: Gewerkschaften gegen Amazon

Die deutsche Dienstleistungsgewerkschaft Verdi streitet sich mit Amazon seit 2013 über die Anerkennung des Gesamtarbeitsvertrages des Einzel- und Versandhandels. Der US-Konzern beharrt darauf, dass die rund 16000 Beschäftigten dem viel schlechteren GAV der Logistikbranche folgen sollen, den er allerdings auch nicht unterschrieben hat. Verdi rief seine Mitglieder immer wieder zu Streiks auf, zuletzt in den Tagen vor Heiligabend gleich an sechs Standorten. Aktivist Christian Krähling, der 11 Jahre für Amazon im hessi-

schen Bad Hersfeld gearbeitet hat, sagt, die Gewerkschaft habe einiges erreicht. In dieser Zeit seien die Löhne um 20 Prozent gestiegen, es gebe ein Weihnachtsgeld zusätzlich und Massnahmen zur Arbeitsvereinfachung. «Das hätte es ohne uns alles nicht gegeben.»

SKURRILE METHODEN. Gewerkschaftsarbeit tut Amazon weh. Deshalb geht er mit geheimdienstlicher Überwachung, teilweise auch mit eher skurrilen Methoden, gegen alle Versuche vor, in seinen Lagern Gewerkschaften zu grün-

den (work berichtete). Folgenreich für den gesamten US-Markt könnte eine hartnäckige Auseinandersetzung am Standort Birmingham im US-Bundesstaat Alabama werden. Dort stimmen die 6000 Beschäftigten in diesen Tagen über die Gründung einer Gewerkschaftsgruppe ab. Amazon versuchte dazu, die Abstimmung ganz zu verhindern. Als das nicht gelang, stellte das Unternehmen Kündigungsprämien von 2000 bis 3000 Dollar in Aussicht, zumindest teilweise verbunden mit der Zusage, diejenigen, die das Angebot annäh-

men, nach der Abstimmung wieder einzustellen. Zudem liess Amazon die Wartezeiten an den Ampeln vor dem Werksgeäude verkürzen, damit Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter dort keinen Kontakt zu den Beschäftigten aufnehmen könnten. Die Abstimmung läuft noch bis Ende dieses Monats. Es wäre die erste Gewerkschaftsgruppe in den USA, die offiziell in einem Amazon-Standort arbeitet. Und der Onlinegigant wäre gezwungen, Verhandlungen über einen Gesamtarbeitsvertrag aufzunehmen. (ms)

«Erst kommt das Fressen, dann kommt die Moral.» Sagte Bert Brecht. Er hatte recht.



work sagt, was ist. Am Puls der Zeit.

work – die Zeitung zur Arbeit für die Arbeitenden.

+++ 1 Jahr work für 36 Franken +++ www.workzeitung.ch

Deutschland: Katholische Kirche sabotiert Tarifvertrag für Pflegende

«Nach dem Klatschen kommt die Klatsche»



ALTERSPFLEGE: Pflegerinnen und Pfleger sind im Dauerstress und deutlich überbeschäftigt und unterbezahlt.

FOTO: GETTY

Mehr Lohn für Pflegende, darum ringt die deutsche Gewerkschaft Verdi. Beinahe wäre es so weit gewesen. Doch dann machte die katholische Kirche alles kaputt.

JOHANNES SUPE

Der Durchbruch schien zum Greifen nah: endlich ein Tarifvertrag für alle Beschäftigten in der deutschen Senio-

rinnen- und Seniorenpflege (ungefähr das Pendant zu den Schweizer Gesamtarbeitsverträgen, GAV). Damit verbunden: ordentliche Gehälter, teils gar Lohnsteigerungen von bis zu 25 Prozent für die Pflegerinnen und Pfleger. Ein entsprechender Vertrag lag bereits vor. Noch in diesem Jahr sollten die Regelungen auf die gesamte Branche ausgeweitet werden.

DOCH DARAUS WIRD NICHTS

Störfeuer gegen die Verbesserung gab es zur Genüge. Die grossen Pflegeket-

ten, die auf dem Rücken von Beschäftigten und Pflegebedürftigen Milliarden Gewinne machen, wollten Lohnsteigerungen unbedingt verhindern. Doch nicht ihre Lobby-Arbeit brachte die Einigung zu Fall. Das gelang am 25. Februar, an einem Donnerstagmorgen, einer anderen Akteurin: der katholischen Kirche.

EINE BRANCHE IM CHAOS

Der Hintergrund: Die Arbeit der Pflegenden wird kaum gewürdigt. Rund 1,2 Millionen Pflegerinnen und Pfleger arbeiten in Heimen oder ambulanten Diensten. Stets im Stress, weil es an Personal mangelt. Dazu kommt, dass die Beschäftigten sogar im Vergleich mit den in Spitälern angestellten Pflegekräften deutlich unterbezahlt sind. Axel Weinsberg ist bei der Gewerkschaft Verdi zuständig für den Pflegebereich. Er sagt zu work: «Ein durchschnittliches Einstiegsgehalt in der Altenpflege liegt bei 2200 Euro. Ähnlich ausgebildete Pflegekräfte erhalten in Kliniken gut 500 bis 600 Euro mehr.» Schuld an den Zuständen ist der deutsche Staat. In den 1990er Jahren entschied die Regierung unter Dauerkanzler Helmut Kohl (CDU), sich weitgehend aus Pflege der Betagten zurückzuziehen. Privatunternehmen und Aktiengesellschaften stiessen in die Lücke. Heute befinden sich rund 40 Prozent der Heime und zwei Drittel der ambulanten Dienste (in der Schweiz vergleichbar mit der Spitex) in privater Hand. Den Rest teilen Kirchen und Wohlfahrtsverbände unter sich auf. Wozu das führt, weiss Verdi-Mann Weinsberg: «Die Profite der Privaten fliessen nicht zurück ans Personal, sondern auf die Konten der sogenannten Shareholder. Also der Aktionärinnen und Aktionäre.»

PLÖTZLICHES NEIN DER CARITAS

Entsprechend kämpft Verdi seit Jahrzehnten für bessere Arbeitsbedingungen. Doch das ist schwierig. Mehr als 15 000 Pflegeheime gibt es in Deutschland, fast ebenso viele ambulante Dienste. Gewerkschafter Weinsberg sagt: «Der Verband der Privaten weigert sich, eine für alle geltende Regelung auszumachen.» Dann kommt etwas ins Rollen. Am 8. Februar dieses

Jahres schliesst Verdi einen Tarifvertrag mit der Bundesvereinigung der Arbeitgeber in der Pflegebranche (BVAP) ab. Einem Verband, in dem insbesondere die in Deutschland so genannten Wohlfahrtsorganisationen wie die Volkssolidarität organisiert sind. Und dabei soll es nicht bleiben: Endlich entschliesst sich die Bundesregierung zu handeln – und die getroffene Vereinbarung auf die ganze Branche auszuweiten.

Doch sofort legen sich die grossen Pflegekonzerne quer. Ihr «Arbeitgeberverband Pflege» kündigt an, vor Gericht ziehen zu wollen. Als noch verheerender erweist sich eine Inkonsistenz der Politik: Der Staat knüpft die Ausweitung des Tarifvertrags daran,

«Ideologie schlägt Humanität.»

SYLVIA BÜHLMANN, VERDI

das die kirchlichen Verbände Caritas (katholisch) und Diakonie (evangelisch) zustimmen. So kommt es, dass das Nein der Caritas den Hoffnungen von mehr als einer Million Beschäftigten ein jähes Ende bereitet.

TEUFELSWERK

Was aber treibt die Caritas an, die bereits jetzt vergleichsweise gute Löhne zahlt? Zum einen müsste auch sie in den untersten Gehaltskategorien nachbessern. Doch stärker als das dürfte die Ideologie der Kirche wiegen. Denn die hält in Deutschland Gesamtarbeitsverträge bis heute für Teufelswerk und pocht darauf, auch weiterhin ohne Gewerkschaft die Löhne festzulegen.

Verdi-Bundesvorstandsmitglied Sylvia Bühlmann sagt: «Ideologie schlägt Humanität, das ist ein trauriger Tag für die Altenpflege. Die Beschäftigten leisten gerade auch in der Coronakrise Ausserordentliches. Jetzt müssen sie konstatieren: Nach dem Klatschen kommt die Klatsche.» Man werde selbstverständlich weiter für die Mitarbeitenden in Alters- und Pflegeheimen arbeiten.

Und immerhin: Für einige Wohlfahrtsorganisationen wie die Volkssolidarität hat die Gewerkschaft Verdi nun eine deutliche Verbesserung erreicht.



ILLU: NINOTCHKA.CH

Die Briefträgerin & das Kind im Manne

Als die Briefträgerin Briefträgerin wurde, 1990 und definitiv 2007, waren die Frauen in diesem Beruf noch gewaltig in der Minderzahl. Seither haben sie aufgeholt, bilden geschätzt noch nicht die Hälfte des Perso-



Bärtschi-Post

Katrin Bärtschi ist Briefträgerin in Bern und Gewerkschafterin.

nals, aber beinahe. Was die konkrete Arbeit angeht, herrscht zwischen den Briefträgerinnen und Briefträgern Gleichheit. Alle machen alles. Auch als für den Transport der Briefbünde

Wer Rückenweh hat, bittet um Hilfe. Egal, ob Mann oder Frau.

zu den Depots noch Postsäcke verwendet wurden, hievt alle ihre Säcke selber in die Rxe, die ehemaligen Transportwagen. Vielleicht legte manche Frau einen Bund weniger in ihren Sack, aber es gab und gibt weder ein schwaches noch ein starkes Geschlecht. Wer Rückenweh hat, bittet um Hilfe. Logisch. Egal, ob Mann oder Frau.

Kürzlich im Supermarkt in ihrem Quartier. Fünf Uhr vorüber. An der Kasse ein paar Jungs, junge Jungs, in fast betont fleckigen Überhosen. Auf dem Förderband ihre Feierabenddrinks: Bier und Wodkagsöff. Und dazu je eine Packung – Kinderschokolade. Die Briefträgerin lachte in sich hinein und auch ein wenig in ihre Richtung. Und sie erinnerte sich an eine Episode, die sich vor ein paar Jahren auf der Bütz abgespielt hatte:

GRÄNNE. Der junge Kollege, ein «Quereinsteiger», war noch nicht lange bei der Post und musste sich erst mit allem zurechtfinden. Einmal, als sie vor der Tour ein paar Worte wechselten, ging's um Missgeschicke. Die Briefträgerin sagte: «Ja, die Bünde müssen wir fest schnüren, denn wenn sie im Anhänger aufgehen oder wenn ein Kistchen mit der sortierten Post kippt und ausleert und alles durcheinandergerät – da grännisch!» Der Junge antwortete: «Du grännisch! Du darfst das, du bist eine Frau. Ich darf nicht.» Die Briefträgerin tröstete ihn spöttisch: «Du darfst auch. Du hast ja auch Tränenkanäle.» Ein paar Tage später verteilte er Gudeli an die letzten an den Gestellen verbliebenen Kolleginnen und Kollegen: je ein Täfelchen Kinderschokolade... «Kinderschokolade!» lachte die Briefträgerin. «Für das Kind im Manne!» Darauf er: «I ha diä drum megagärn.»

Fussball-Weltmeisterschaft im Wüstenstaat Katar Schon vor dem Anpfiff 6500 Tote

Seit der WM-Vergabe vor zehn Jahren sind in Katar bereits 6500 Arbeitsmigranten und -migrantinnen gestorben.

PATRICIA D'INCAU

Eigentlich möchte das Emirat Katar mit der Austragung der Fussball-WM 2022 vor allem eines: im Ausland Eindruck schinden. Doch immer wieder macht das Land mit Berichten über tote Arbeiter und «moderne Sklaverei» Schlagzeilen.

Jüngstes Beispiel: Am 23. Februar berichtete die englische Zeitung «Guardian», dass in Katar seit der WM-Vergabe vor zehn Jahren mindestens 6500 Arbeitsmigrantinnen und -migranten gestorben seien. Der Bericht stützt sich auf Regierungsangaben aus Indien, Pakistan, Nepal, Bangladesh und Sri Lanka. Jenen Ländern also, aus denen ein grosser Teil der rund 2,5 Millionen Arbeiterinnen und Arbeiter stammt, die den Wüstenstaat am

Laufen halten. Als Haus- und Hotelangestellte, als Strassenreiniger oder Bauarbeiter. Oft unter der brennend-heissen Wüstensonne, während die rund 300 000 Einheimischen, die von Katars Ölreichtum profitieren, auch ohne Arbeit über die Runden kommen (work war vor Ort und berichtete: rebrand.ly/toedliche-sonne).

In Katar heisst es dazu: Die Todeszahlen würden – summiert über 10 Jahre und gemessen an der hohen Zahl der Migrantinnen und Migranten im Land – im «erwartbaren Bereich» liegen. Ausserdem sei die Sterberate in den letzten Jahren durch verschiedene Reformen stetig gesunken. Etwa durch mehr Arbeitssicherheit.

ERSTE REFORMEN. Dass es in diesem Bereich tatsächlich Fortschritte gegeben hat, bestätigen internationale Gewerkschaften. Vor allem für die Baustellen der WM-Stadien. Denn:

Dort führen sie seit 2017 regelmässig Inspektionen durch – obwohl Gewerkschaften in Katar bis heute verboten sind. Möglich macht das ein Abkommen zwischen der Internationalen Bauergewerkschaft (BHI) und dem Supreme Committee, das für den Bau der WM-Infrastruktur zuständig ist. Seit Beginn der Zusammenarbeit kam es auf den WM-Baustellen zu drei tödlichen Arbeitsunfällen. 34 weitere Stadion-Arbeiter verstarben abseits der Baustelle.

ERSTE LOCKERUNGEN. Inzwischen stellen die Gewerkschaften sogar ausserhalb der Stadien erste Verbesserungen fest. BHI-Generalsekretär Ambet E. Yuson sagt zu work: «Unsere Quellen berichten, dass viele Baustellen ihre Gesundheits- und Sicherheitsmassnahmen streng einhalten.» Ausserdem hat Katar das Arbeitsgesetz reformiert – und damit



LUSAIL-STADION: Hier soll der Final der WM 2022 stattfinden. FOTO: GETTY

das bisherige «Kafala»-Regime gelockert, unter dem Arbeitende nicht ohne Erlaubnis ihres Chefs nach Hause reisen oder den Job wechseln durften.

Yuson sagt: «Die grösste Herausforderung ist jetzt, dass diese Reformen nun auch tatsächlich durchgesetzt werden.» Und die grosse Frage sei, ob die Fortschritte auch dann erhalten blieben, wenn der internationale Fussballzirkus wieder abgezogen sei. Für BHI-Chef Yuson ist klar: «Wir werden alles daransetzen, dass der Reformprozess weitergeht.»

Filmportrait Illegale PfarrerIn

Es war ein Skandal, der Schlagzeilen bis nach Deutschland machte: Am 13. September 1931 wurde im Bündner Bergdorf Furna eine Frau zur Pfarrerin gewählt. Greti Caprez-Roffler. Damals 25 Jahre alt, Theologin und Mutter. Mit ihrem Baby zog



FOTO: PD

sie ins Pfarrhaus in Furna ein, ihr Mann, ein Ingenieur, blieb in Zürich. Nach ihrem Tod begibt sich die Enkelin auf die Spuren der ersten vollamtlichen Schweizer GemeindepfarrerIn. Sie stösst auf die Geschichte einer aussergewöhnlichen Frau: Greti Caprez ging ihrer Berufung als Pfarrerin nach, war sechsfache Mutter und lebte eine glückliche Liebe. Für diesen Lebensentwurf zahlte Caprez einen hohen Preis.

Greti Caprez – die illegale Pfarrerin. Filmportrait von Christina Caprez. Zu sehen auf der SRF-Mediathek: rebrand.ly/greti-caprez, 25 min.

Seuchen-Buch Pest versus Corona

Es ist eines der zentralsten Ereignisse der europäischen Geschichte: die grosse Pest der Jahre um 1348. Der Historiker und Italien-Experte Volker Reinhardt zeigt den Verlauf der Epidemie von den Anfängen in Asien bis zu ihrem Erlöschen in Europa. Reinhardt beschreibt, wie die Überlebenden politisch und wirtschaftlich, religiös und künstlerisch die Krise bewältigten. Und wie Mailand es schaffte, von der Pest verschont zu bleiben. Das Werk ist spannend geschrieben und führt eindringlich vor Augen, wie verblüffend ähnlich wir heute auf eine Pandemie reagieren: So erzeugte auch die Pest eine Atmosphäre des Misstrauens, Lust an Denunziation, wuchernden Feindbildern oder an abstrusen Verschwörungstheorien.



Volker Reinhardt: Die Macht der Seuche. Wie die grosse Pest die Welt veränderte 1348–1353. Verlag C. H. Beck, 2021, CHF 37.90.

Spielfilm aus Mexiko In der Todeszone

Der mexikanische Teenager Jesús bricht auf in Richtung US-amerikanische Grenze. In den USA verspricht er sich ein besseres Leben. Doch Jesús verschwindet. Seine Mutter macht sich auf die Suche in der Region, die auch als Todeszone bezeichnet wird. In ihrem beeindruckenden Spielfilmdebüt gelingt der Mexikanerin Fernanda Valadez ein visuell starkes, emotionales Erzählen. Der Film wurde von einem reinen Frauenteam gestaltet, das darauf verzichtet, explizite Gewalt zu zeigen. Die so beschriebene Realität wirkt umso stärker. Ein packender Thriller.

Sin señas particulares (Ohne besondere Kennzeichen): Ein Spielfilm von Fernanda Valadez. Mexiko, 97 min. Zu sehen auf filmingo.ch.

Vor 100 Jahren: Gründung der Kommunistischen Partei der Schweiz Verfolgt und dann verboten

Im März 1921 wurde die Kommunistische Partei der Schweiz gegründet. Ihre Stärke blieb gering. Doch ihre Gegner reizte die kleine Partei bis zum Äussersten.

JOHANNES SUPE

Es geschah in Zürich, nur wenige Meter von jenem Haus entfernt, in dem einst Lenin gelebt hatte. Am 5. und 6. März 1921 wird im Restaurant Eintracht die Kommunistische Partei der Schweiz gegründet. 173 Delegierte kommen zusammen. Sie wählen den Basler Franz Welti zu ihrem Vorsitzenden und einen Vorstand, in dem viele ehemalige Sozialdemokraten Platz finden. Es entsteht eine Partei, die es sich zur Aufgabe macht, den Kapitalismus mit allen Mitteln zu zerschlagen. «Selbst mit den Waffen in der Hand», wie es die Kommunisten ein Jahr später in ihr Programm schreiben.

Durch den Ersten Weltkrieg wurde die Schweizer Sozialdemokratie erschüttert. Noch 1912 hatte sie auf einem Friedenskongress in Basel festgehalten, bei Ausbruch des Konflikts «die durch den Krieg herbeige-

Polizeiaktionen gegen die KPS waren an der Tagesordnung.

führte wirtschaftliche Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen». Stattdessen stützte die SPS die Regierung. Für viele Genossinnen und Genossen ein Schock. Ein zweites Beben ging vom Landstreik 1918 aus, der nach vier Tagen abgebrochen wurde. Für viele zu früh, manche Linke witterte Verrat.

EINZIGE OPPOSITION

Doch zur Spaltung kam es erst, als sich die SP entschied, nicht in Lenins «Dritte Internationale», jenen Verbund revolutionär gesinnter Arbeiterparteien (siehe Seite 15), einzutreten. Viele Linke erkannten «ihre SP» nicht mehr wieder. Rund 6000 Mitglieder traten in der Folge aus und vereinigten sich mit den wenigen



SCHWEIZER STERN: Monatsmarken der Kommunistischen Partei Schweiz, 1928. FOTO: SOZIALARCHIV

«Altkommunisten», die sich schon Jahre zuvor von der SP getrennt hatten, zur Kommunistischen Partei Schweiz (KPS).

In vielen Fragen bleiben die Kommunisten die einzige Opposition im Land. Sie ermuntern Arbeiterinnen und Arbeiter zum Streik, teils auch nur für wenige Rappen mehr Lohn. So etwa beim Streik der Zürcher Heizungsmonteur 1932. Als später der Zweite Weltkrieg droht, verweigern sie als einzige Partei Aufrüstungskredite. Zwar unterstützte man den Kampf gegen die Faschisten. Doch «dieser Regierung, die die mili-

tärischen Rüstungen nicht unzweideutig gegen die faschistischen Bedroher richtet», bewillige man keine Kredite.

Ihre Haltung bringt ihnen den erbitterten Hass der Bürgerlichen ein. Polizeiaktionen gegen die Partei sind an der Tagesordnung, die Überwachung allgegenwärtig. 1937 kommt es in Neuenburg gar zum Verbot, andere Kantone ziehen nach. Ende November 1940 beschliesst der Bundesrat, die Partei in der ganzen Schweiz zu verbieten.

Der Entscheid traf eine ohnehin geschwächte Organisation, die weit-

gehend nur in der Deutschschweiz funktionsfähig war. Auch war die Partei den Sozialdemokraten und den von ihnen dominierten Gewerkschaften verhasst, denen die KPS Halbheiten vorwarf. So wurde 1927 eine

Nach ihrem Verbot agitierte die KPS für eine Volksrente.

ganze Basler Gliederung des Gewerkschaftsbunds ausgeschlossen, in der die KPS-Genossinnen und -Genossen die Mehrheit hatten. Wie weit die Ausschlusswut ging, zeigt eine Anekdote aus Olten. Hier organisierte der weitgehend isolierte Kommunist Otto Moning 1936 eine Informationsveranstaltung für Erwerbslose. Die Folge waren wütende Artikel in den Gewerkschaftszeitungen, eine Erklärung des Smuv-Präsidenten Konrad Ilg, dass der Kommunist rausgeworfen werden müsse, sowie schliesslich Monings Ausschluss aus der Gewerkschaft.

DER ANTIKOMMUNISMUS BLEIBT

Nach ihrem Verbot arbeitete die KPS im Untergrund weiter, agitierte unter anderem für eine Volksrente. Erst 1945, mit der Gründung der Partei der Arbeit (PdA), konnten die Kommunistinnen und Kommunisten wieder in die Legalität wechseln. Der Antikommunismus blieb allerdings bestehen – auch innerhalb der SP. Deren Basler Sektion forderte 1952 etwa den Ausschluss sämtlicher «Söldner Stalins» aus den kantonalen Behörden. Dies mit der Begründung, dass die PdA «eine Kolonne feindlicher Söldner in unserem Land» sei und es «im besonderen die Aufgabe der Sozialdemokratie» wäre, gegen diese vorzugehen. Auf Bundesebene war eine ähnliche Bestimmung bereits Realität.

Ihren Höhepunkt erreichte die Hysterie 1956/57 nach dem Aufstand im sozialistischen Ungarn. Als zu dieser Zeit eine Jugenddelegation der Kommunistinnen und Kommunisten in die Schweiz heimkehrte, wurde sie am Zürcher Bahnhof Enge von einem aufgebrachten Mob erwartet und verprügelt. Wie verheerend die Hetze war, zeigte sich erst in der Fichenaffäre 1989. Die Schweizer Behörden hatten die Stimmung ausgenutzt, um rund 800 000 Fichen anzulegen.

worklxl der wirtschaft

Hans Baumann



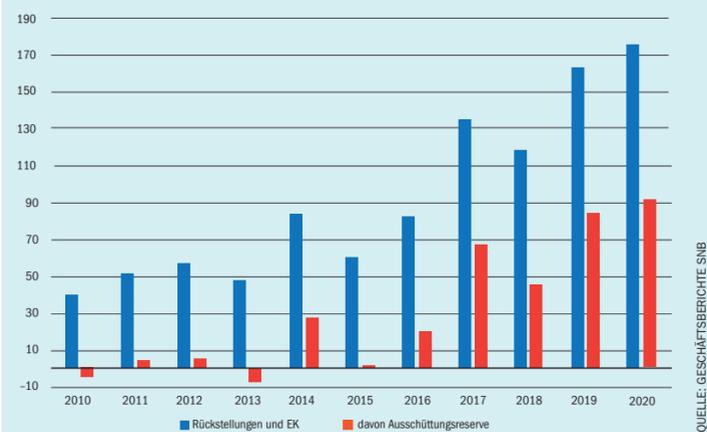
DIE NATIONALBANK-MILLIARDEN GEHÖREN DEM VOLK

Die kumulierten Gewinne der Schweizerischen Nationalbank (SNB) haben sich in den letzten Jahren auf die unglaubliche Summe von 176 Milliarden Franken angehäuft. Dies nach Abzug der jährlichen Dividendenauszahlung und der Vergütungen an Bund und Kantone. Diese Reserven werden in der Bilanz Ende Jahr als «Rückstellungen und Eigenkapital» ausgewiesen. Der grösste Teil davon ist die sogenannte Ausschüttungsreserve. Diese betrug per Ende 2020 ganze 98 Milliarden Franken. Der andere Teil sind Rückstellungen für Währungsschwankungen. Laut Gesetz steht diese Ausschüttungsreserve der öffentlichen Hand zu. Auf öffentlichen Druck hin will nun die SNB aus dieser Reserve nicht mehr jährlich vier Milliarden wie bisher, sondern neu sechs Milliarden an Bund und Kantone ausschütten (work berichtete: «Und der Jordan bewegt sich doch»). Diese sechs Milliarden sind jedoch nur ein kleiner Schritt. Denn im erwähnten Topf verbleiben 2021 immer

noch 92 Milliarden, die eigentlich der Allgemeinheit gehören. Wir befinden uns in der grössten Krise seit langem. Seit den 1970er Jahren ist die Wirtschaft nicht mehr so stark geschrumpft wie letztes Jahr. Hunderttausende von Lohnabhängige sind arbeitslos oder auf Kurzarbeit, Selbständigerwerbende verlieren ihre Einkünfte. Bund und Kantone müssen mit Milliardenbeträgen einspringen und tun sich damit schwer. Fachleute befürchten, dass dieses Jahr viele Leute unter die Armutsgrenze fallen und die Anzahl Personen, die auf Sozialhilfe angewiesen sind, deutlich zunimmt.

20 MILLIARDEN. Unverständlich, dass in einer solchen Situation die SNB auf einem Grossteil ihrer Gewinne sitzenbleibt und sich nicht mehr bewegt. Der Think-Tank «Denknetz» fordert deshalb, dass die SNB in den nächsten zwei Jahren nicht nur sechs, sondern zusätzlich zwanzig Milliarden an Bund und Kantone ausschütet. Diese Milliarden sollen gezielt für die

Gewinnentwicklung der SNB in Milliarden CHF



Existenzsicherung in der Coronakrise, für notwendige Investitionen in den Klimaschutz sowie zur Förderung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen im Service public eingesetzt werden. Auch aus ökonomischer Sicht wäre

eine solche Ausschüttung nur positiv. Denn Inflationsgefahr besteht nicht, und die Wirtschaft würde durch eine solche Finanzspritze angekurbelt.

Hans Baumann ist Ökonom und Publizist.



«Feierliche Eröffnung des II. Kongresses der Komintern», Gemälde von Isaak Israilowitsch Brodski (1924). FOTO: KEYSTONE

Die vergessenen Frauen der Komintern Abtippen und Revolution

Sie standen im Dienst der Weltrevolution, durften aber oft nur Protokolle tippen. Doch ohne Frauen ging auch in der Kommunistischen Internationale nichts.

RALPH HUG

Sie hätten eine eigene Parteizelle bilden können: In der Familie Kirschbaum in Zürich gab es sechs Schwestern, und alle waren Kommunistinnen. Und für die Kommunistische Internationale (Komintern) tätig: Diese Organisation wurde 1919 nach der russischen Revolution gegründet, strebte die Weltrevolution an und existierte bis 1943. Das Heim der Kirschbaums an der Zurlindenstrasse wurde in den 1930er Jahren scharf beobachtet. Die Polizei wusste, dass hier viele Flüchtlinge aus Nazideutschland verkehrten.

Die Kirschbaum-Schwester arbeiteten für die illegale Komintern-Nachrichtenagentur Runa. Deshalb konnten sie sich nicht mehr frei bewegen, mussten sich tarnen und ihre Verfolger täuschen.

Wer im Dienst der Komintern stand, nahm eine mobile, unsichere Existenz in Kauf. Viele Agentinnen besaßen Decknamen, lebten aus dem Koffer, waren stets auf Reisen und immer auf der Hut vor der Polizei. Die Überzeugung, dass die Weltrevolution bevorstehe, verlieh ihrem Dasein Sinn.

SPIONIN. Eine der wichtigsten Funktionärinnen war die Deutsche Ruth Werner. Sie war Oberst der Roten Armee, Spionin, leitete Einsätze in China, wirkte zu Beginn des Zweiten Weltkriegs auch in der Schweiz und baute in Grossbritannien ein Netz von Atomspezialisten auf. Im Alter schrieb sie Kinderbücher. Ansonsten war es nicht weit her mit Führungsjobs für Frauen in der Komintern. Trotz proklamierter Gleichberechtigung. Die Schweizer

Historikerin Brigitte Studer hat nun ein neues Buch zur Komintern verfasst. Sie schreibt: «In den meisten Fällen dienten Frauen als im Hintergrund wirkende Hilfskräfte.» Sie waren als Kurierinnen unterwegs, chiffrierten Telegramme, tippten Protokolle und erledigten die mühsame Kleinarbeit. Die Kommunisten behandelten sie nicht anders als die bürgerliche Gesellschaft.

Studers feministischem Blick ist es zu verdanken, dass die Komintern-Frauen endlich aus dem Schatten treten. Denn ohne sie hätte der Moskauer Weltrevolutionsapparat kaum funktioniert. Frauen wie Ruth Werner, Tina Modotti oder Margarete Buber-Neumann wurden berühmt (siehe Lebensläufe unten). Oder sie waren mit linken Promis liiert. Wie Babette Gross mit Willi Münzenberg, dem linken Medien-

mogul der 1930er Jahre. Nicht zu vergessen Wladimir Iljitsch Lenins Vertraute Angelica Balabanoff. Ohne sie als Übersetzerin hätten die Delegierten am Komintern-Gründungskongress einander gar nicht verstanden. Balabanoffs politische Karriere hatte 1905 in St. Gallen als Gewerkschafterin für die italienischen Textilarbeiterinnen begonnen.

Andere Aktivistinnen endeten hingegen tragisch. So Ruth Oesterreich, die im Komintern-Sekretariat in Berlin arbeitete. Sie fiel den Nazis in die Hände und starb unter der Guillotine. Oder die Spanierin Matilde Landa. Sie war für die Rote Hilfe, eine Unterstützungsorganisation, tätig und beging im Gefängnis unter General Franco Selbstmord. Als Kommunistinnen waren sie bereit, für ihre Überzeugung notfalls das eigene Leben zu opfern.

Neues Buch zur Komintern Reisende im Dienste der Revolution

Mit der Kommunistischen Internationale nahm 1919 ein revolutionäres Projekt Gestalt an, straff organisiert und global vernetzt. Historikerin Brigitte Studer hat die Komintern neu erforscht, mit besonderem Augenmerk auf die Menschen dahinter.

RALPH HUG

«Komintern»: Dieses Kürzel flösste dem Bürgertum in vielen Ländern während Jahrzehnten Angst und Schrecken ein. Genauer: zwischen 1919 und 1943. Dann war es schon wieder vorbei mit dem Gespenst der Kommunistischen Internationale, das umging. Josef Stalin liess sie sang- und klanglos sterben, weil sie ihm nicht mehr ins Konzept passte. Doch bei ihrer Gründung in Moskau, kurz nach der russischen Revolution, sollte sie die Fackelträ-



KRAFTVOLL: Plakat zum IV. Kongress der Komintern zum 5. Jahrestag der Oktoberrevolution: «Arbeiter aller Länder, vereinigt euch!» FOTO: PUBLIC DOMAIN

gerin der neuen sozialistischen Ordnung sein. Und zwar weltweit. Die Komintern sollte mit-helfen, überall den Kapitalismus zu Fall zu bringen. Aber wie?

Das wurde 1919 in Moskau verhandelt. Abgeordnete aus zahlreichen Ländern reisten zum Weltkongress an. Unter ihnen auch Schweizer Linke, denen die Sozialdemokratie zu lahm war. Etwa der Theologe Jules Humbert-Droz

aus dem Jura. Oder der nachmalige Stadtpräsident von Schaffhausen, Walther Bringolf. Beides Kommunisten, die aber später wieder im Schoss der SP landeten. Auch Frauen waren dabei (siehe Artikel nebenan). Der Kongress beschloss den Aufbau einer Geheimorganisation. Diese sollte auf allen Kontinenten den Umsturz befördern. Besoldete Berufsrevolutionärinnen und -revolutionäre schwärmten nach London, Paris, Berlin, Rom, Schanghai, Delhi oder Buenos Aires aus und redeten dort dem Kommunismus das Wort.

TOTE AUF URLAUB. Brigitte Studer nennt sie «Reisende der Weltrevolution». Und so heisst auch ihr voluminöses Buch von 600 Seiten, das eben erschienen ist. Studer ist emeritierte Professorin in Bern und eine internationale Kapazität für die Geschichte der Komintern. Sie stellt nicht nur den hochkomplexen Apparat dieser Organisation dar, sondern versucht auch die Menschen zu fassen, die darin tätig waren. Diese riskierten oft ihr Leben. Überall drohte ihnen Haft, Kerker und Folter. «Wir Kommunisten sind alle Tote auf Urlaub», lautete ein Bonmot von Eugen Léviné, ein Anführer der Revolution in Bayern.

Als beinahe grösster Feind dieser ideologisch hochgerüsteten Politprofis sollte sich der eigene Chef entpuppen: Josef Stalin. Zunehmend paranoid, liess er in den 1930er Jahren viele treue Komintern-Agenten kaltblütig beseitigen. Sie landeten im Gulag oder vor dem Exekutionskommando. Auch sonst scheiterte die Komintern letztlich grandios. Die Weltrevolution fand nicht statt. Bereits im Zweiten Weltkrieg war sie Geschichte.



Brigitte Studer: **Reisende der Weltrevolution.** Eine Globalgeschichte der Kommunistischen Internationale. Suhrkamp-Taschenbuch, ca. CHF 44.–.

Bewegte Leben: So kämpften die «Kominternistas» für die grosse Weltrevolution



FOTO: KEYSTONE

Tina Modotti 1896–1942

Die Italienerin aus Udine hatte nicht weniger als zehn Decknamen (darunter auch einen männlichen). Als junge Fotografin wanderte sie in die USA aus. In Mexiko verkehrte sie in linksgerichteten Künstlerkreisen um Diego Rivera und Frida Kahlo.

BILDER. Modottis sozialkritische Fotografien erschienen in der auflagestarken «Arbeiter Illustrierten Zeitung» (AIZ). Als Gefährtin des einflussreichen Komintern-Kaders Vittorio Vidali spielte sie vor allem im Spanischen Bürgerkrieg 1936 eine bedeutende Rolle.



FOTO: PUBLIC DOMAIN

Mentona Moser 1874–1971

Reich sein war kein Hindernis für die Komintern. Mentona Moser aus dem zürcherischen Wädenswil war die Tochter eines vermögenden Uhrenfabrikanten. Sie nahm am Landestreik 1918 teil und wurde deswegen enterbt.

TÖNE. Wenig später gehörte sie zum Gründerteam der Kommunistischen Partei der Schweiz (siehe Seite 14). Im roten Berlin zog sie einen Schallplattenladen mit Arbeiterliedern von Ernst Busch auf. Dann musste sie vor Hitler fliehen. Die «rote Millionärin» verarmte und wanderte 1950 in die DDR aus.



FOTO: GETTY

Margarete Buber-Neumann 1901–1989

Sie begann als Kommunistin und endete als Christdemokratin. Die Deutsche geriet 1937 in Stalins Visier, kam in ein Straflager in Kasachstan und wurde 1940 an die Nazis ausgeliefert. Diese steckten sie ins Frauen-KZ Ravensbrück.

GEWENDET. Insgesamt verbrachte sie zehn Jahre im Kerker. Berühmt wurde ihr Buch «Als Gefangene bei Stalin und Hitler». Zuerst noch bei der SPD, schloss sie sich 1975 aus Protest gegen Willy Brandts Ostpolitik der CDU an.



FOTO: ZVG

Evelyn Trent Roy 1892–1970

Die Amerikanerin hatte an der berühmten Universität von Stanford studiert. Dort lernte sie den Inder Manabendra Nath Roy kennen und heiratete ihn.

ANTIKOLONIAL. Die Journalistin engagierte sich in der Komintern vor allem für die Befreiung Indiens von der britischen Kolonialherrschaft. Selbst war sie aber nie in Indien gewesen. Nach der Trennung von Roy 1925 schied sie aus der Komintern aus. Weiterhin blieb sie aber als linke Publizistin in den USA aktiv.



Das offene Ohr

Markus Widmer
von der Unia-Arbeitslosenkasse
beantwortet Fragen
aus der Arbeitswelt.

Arbeit in einem Konglomerat I: Habe ich Anspruch auf Arbeitslosentaggelder?

Ich arbeitete als Bauarbeiter in einem Hochbaubetrieb. Dieser Hochbaubetrieb und drei andere Betriebe gehören verschiedenen Familienangehörigen von mir. Aufgrund der schlechten wirtschaftlichen Lage erhielt ich die Kündigung. Die Arbeitslosenkasse verweigert mir nun die Auszahlung von Arbeitslosentaggeld mit der Begründung, dass ich in einem Konglomerat gearbeitet und somit bundesgerichtlicher Rechtsprechung keinen Anspruch auf Arbeitslosentaggeld hätte. Ich verstehe einerseits den Begriff des Konglomerats nicht, und andererseits verstehe ich nicht, weshalb ich kein Arbeitslosentaggeld erhalte.

MARKUS WIDMER: Wenn verschiedene Firmen von denselben Verantwortlichen geführt werden und diese eine gleiche oder ähnliche Geschäftstätigkeit ausüben, handelt es sich um ein Konglomerat. Das Bundesgericht hat bei diesen Firmenkonglomeraten die Ablehnung des Anspruches auf Arbeitslosentaggeld mit einem Missbrauchspotential begründet: Dieses könnte darin bestehen, dass Versicherte, die gleichzeitig in einem zum gleichen Konglomerat gehörenden Drittbetrieb eine arbeitgeberähnliche Stellung innehaben, sich bei Bedarf in einem anderen, vergleichbaren Betrieb des Konglomerats wieder anstellen lassen könnten. Ihre Familie besitzt vier Firmen im Bereich Hoch- und Tiefbau, und Sie waren in einer dieser Firmen als Verwaltungsrat tätig. Deshalb gilt in Ihrem Fall die bundesgerichtliche Rechtsprechung, und der Entscheid der Arbeitslosenkasse ist korrekt.

Arbeit in einem Konglomerat II: Habe ich Anspruch auf Arbeitslosengeld, wenn die Firma die Geschäftstätigkeit aufgegeben hat?

Ich arbeite in einer Zimmerei, die meinem Bruder gehört. Daneben besitzt mein Bruder noch eine Immobilienfirma. Weil das Geschäft nicht gut läuft, erhielt ich die Kündigung. Die Arbeitslosenkasse hat meinen Anspruch auf Arbeitslosentaggeld abgelehnt, da ich in einem Firmenkonglomerat gearbeitet haben soll und somit ein Missbrauchspotential bestehe, weil ich in der anderen Firma meines Bruders arbeiten könnte.

MARKUS WIDMER: Aufgrund der uns eingereichten Unterlagen sehen wir, dass die Zimmerei bereits einen Monat vor Ihrer Entlassung ihre Geschäftstätigkeit aufgegeben hat. Warenvorräte und Maschinen wurden an eine Drittfirma verkauft, Räumlichkeiten und Werkstatthallen an andere Unternehmen vermietet. Die Zimmerei hat später auch das restliche Personal entlassen und behielt einzig noch verschiedene Immobilien, die nun vermietet werden. Das Bundesgericht hat in einem ähnlichen Fall entschieden, dass ein Versicherter bei einer solchen Konstellation keine neue Anstellung in den Firmen seines Bruders finden könne, und die Beschwerde gutgeheissen. Der klagende Versicherte hatte nun Anspruch auf Arbeitslosentaggeld. Wir empfehlen Ihnen deshalb, einen Termin bei Ihrem zuständigen Gewerkschaftssekretariat zu vereinbaren, um die Kassenverfügung zu besprechen. Dieses kann Ihnen bei der Abfassung einer Einsprache behilflich sein. Wir wünschen Ihnen viel Erfolg.

Digitale Fitness für Ihre Stellensuche

So surfen Sie zielsicher zum

Von der Ausschreibung einer Stelle bis zum Bewerbungsgespräch setzen die Firmen mehr und mehr auf digitale Medien. Wer sich im Web gewandt bewegt und online gut verkauft, hat bessere Chancen auf seinen Wunschjob.

MARTIN JAKOB

Sie schauen sich nach einer neuen Stelle um? Frühere Generationen eilten in diesem Fall zum Kiosk und kauften sich Zeitungen mit Stellenanzeigen. Heute erübrigen sich Zeitungskauf, Telefonbuch und immer öfter sogar die Reise zum Vorstellungsgespräch. Für all das reicht heute ein Smartphone.

SUCH-ABOS LÖSEN

Für offene Stellen finden sich im Internet mittlerweile allein für den Schweizer Markt Hunderte von Adressen. Um sich auf den vielen Portalen nicht zu verlieren, schauen Sie sich die Plattformen einmal an, und treffen Sie eine Auswahl:

● **Branchenübergreifende Portale.** Neben Suchmaschinen, die Stellenangebote von Firmen-Websites oder anderen Portalen verlinken, gibt es Portale mit bezahlten Stellenanzeigen sowie Mischformen. Gut ausgebaute Seiten wie jobs.ch bieten komfortable Suchfunktionen, Ratgeberservices und Such-Abos.

● **Branchenspezifische Portale.** Stellenbörsen, die sich auf eine Branche spezialisieren, sind mittlerweile Legion. Viele davon sind allerdings Auszüge aus grossen Portalen, bringen also kaum zusätzliche Treffer (gaertner-jobs.ch zum Beispiel ist eine Nebenseite von jobagent.ch).

● **Websites von Firmen.** Kaum ein Unternehmen unterlässt es, offene Stellen auf der eigenen Website auszuschreiben. Bei grösseren Firmen (zum Beispiel bei der Migros) lässt sich ebenfalls ein Such-Abo abschliessen.

Um sich auf den vielen Portalen nicht zu verlieren, wählen Sie ein bis drei aus, auf denen Sie Ihr Profil anonymisiert hinterlegen und ein Such-Abo starten können, das Sie über neu eingehende Angebote per Mail informiert. Tipp: Das BIZ, Berufsberatungs- und Informationszentrum des Kantons

Bern, hat eine grosse Linksammlung für die Stellensuche im Internet angelegt. Sie finden Sie hier: rebrand.ly/bizlinks.

PROFIL ZEIGEN

Sind Sie auf Social Media unterwegs? Nach einer Umfrage der Personalberatungsfirma Careerplus recherchieren fast die Hälfte aller Personalabteilungen bei der Prüfung von Bewerbungen gern auch

Mit einem Such-Abo bleiben Sie über neue Jobs informiert.

mal bei Facebook, Instagram und Co. – obwohl das gesetzlich nicht zulässig wäre. Sei's drum: Schalten Sie auf jeden Fall Ihr Profil nicht öffentlich, und treiben Sie es nicht zu bunt.

Vorteilhaft kann sein, eine Präsenz auf LinkedIn einzurichten. In diesem aufs Berufsleben ausgerichteten Netzwerk können Sie sich vorstellen, Ihre bisherige Laufbahn zeigen und Ihre Stärken präsentieren. Die Grundfunktionen sind kostenlos. LinkedIn wird von Firmen, die Jobs vergeben, häufig genutzt, um für offene Stellen geeignete Bewerber zu finden, und zählt in der Schweiz aktuell etwas über 3 Millionen Nutzerinnen und Nutzer. Es ist – mit deutlichem Abstand zu Xing – das grösste berufliche Netzwerk.

ONLINE BEWERBEN

Das Gute an Online-Bewerbungen: Sie sparen den Druckaufwand und die Versandkosten für das Dossier auf Papier. Das Gefährliche: Das schnelle Onlineverfahren verleitet zu mangelnder Sorgfalt. Ob Sie nun ein Onlineformular ausfüllen oder ein klassisches Dossier mit Begleitschreiben per Mail versenden, es gelten die gleichen Regeln wie bei der Bewerbung per Brief (siehe Text rechts). Zusätzlich gilt es, einige technische Stolpersteine



WORKTIPP

BEWERBEN MIT MOVENDO

Der Movendo-Kurs «Auf Stellensuche mit 50+» macht Sie mit dem Rüstzeug für erfolgreiche Bewerbungen vertraut. Sie optimieren Ihr Dossier, bereiten sich auf ein Vorstellungsgespräch vor und erhalten Hintergrundinfos zum aktuellen Arbeitsmarkt und zu den gewerkschaftlichen Positionen. Mit Coach Rolf Summermatter und SGB-Chefökonom Daniel Lampart. Zweitageskurs, 29./30. April 2021 in Zürich. www.movendo.ch

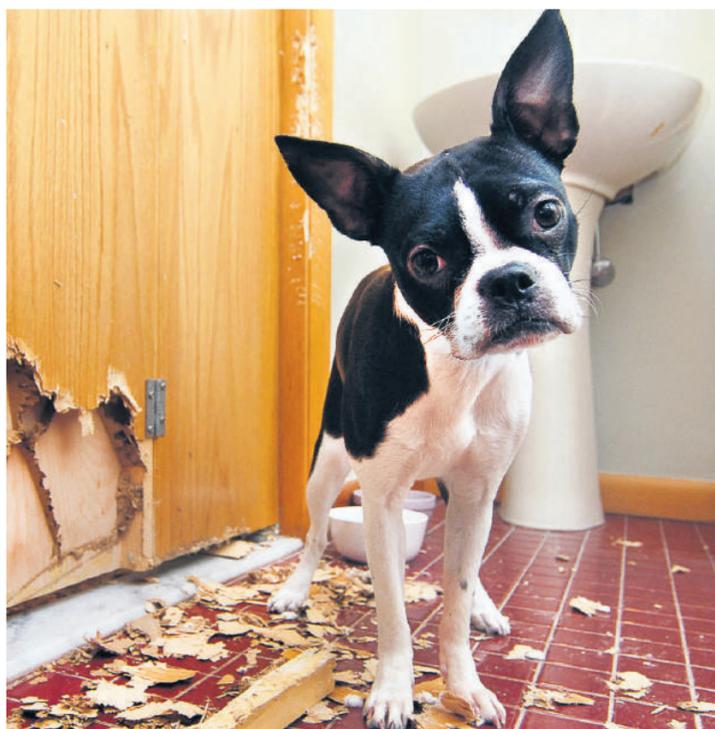
HOMESTORY: Zeigen Sie sich im besten Licht,

Die Regel ist, dass Sie auf Ihre Mailsendung eine Empfangsbestätigung erhalten – sollte das nicht innerhalb von wenigen Tagen geschehen, dürfen Sie telefonisch nachfragen.

GLÄNZEN IM VIDEOCALL

Auch das ist eine Folge von Corona: Seit dem letzten Jahr führen zahlreiche Firmen zumindest das erste Bewerbungsgespräch digital durch. In der Deutschschweiz sind es gemäss einer Umfrage von Jobcloud und der ZHAW deutlich mehr als die Hälfte. Vereinzelt verzichten Firmen – etwa die Krankenversicherung Helsana – je nach Job ganz auf Gespräche vor Ort, in der Mehrheit der Fälle kommt es

zu vermeiden: Textdokumente sind in PDF-Dateien umzuwandeln, damit sie für die Empfänger sicher lesbar sind, und wenn möglich sollte das ganze Dossier in ein einziges PDF zusammengefasst sein.



AU WEIA: Auch wenn Sie Ihren Hund mit Bewilligung der Vermieterin halten, haften Sie für Schäden, die das Tier in der Wohnung verursacht. FOTO: ADOBE STOCK

Das Haustier in der Mietwohnung: Liebes Tierchen,

Eine Folge von Corona: Noch selten waren Sie so viel zu Hause. Wär's da nicht schön, ein Haustier als Gschpänli zu haben? Wohnen Sie zur Miete, müssen Sie jedoch ein paar Regeln beachten.

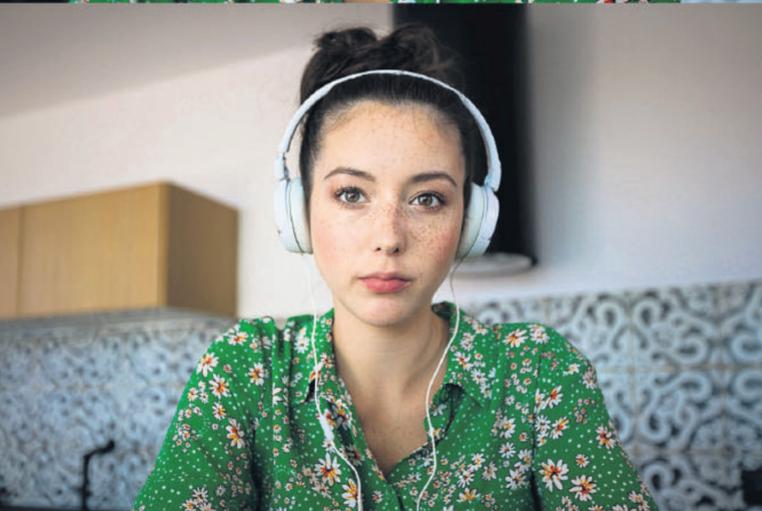
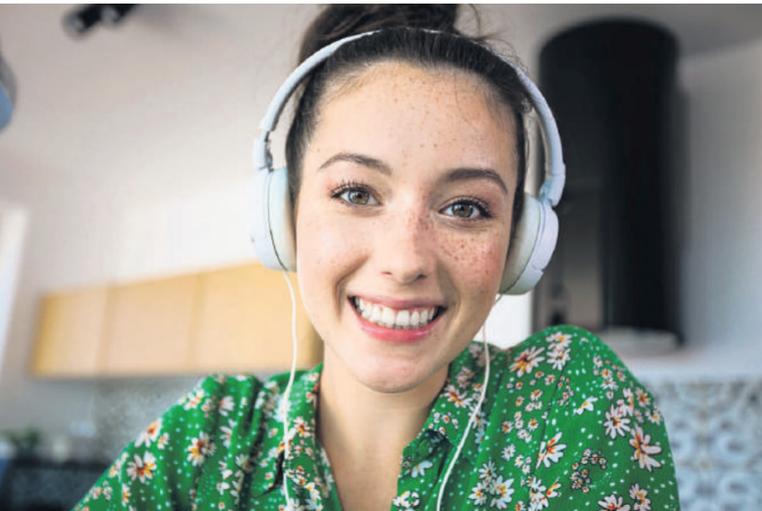
MARTIN JAKOB

Die Spatzen pfeifen es von den Dächern: Haustiere sind gut für unsere Gesundheit, nicht nur in Zeiten von Corona. Aber keine Geiss schleckt es weg: Wer zur Miete wohnt, ist durch den Mietvertrag in seiner Freiheit eingeschränkt, was die Wahl, die Anzahl und die Haltung seiner tierischen Hausgenossen angeht. Denn die Vermieter sitzen auf dem hohen Ross. Sie dürfen nämlich im Mietvertrag die Haustierhal-

tung verbieten oder von ihrer Zustimmung abhängig machen, und das Bundesgericht hat sogar verfügt, dass sie für ein Verbot nicht einmal eine Begründung anführen müssen. Da laust uns doch der Affe!

SPINNEFEIND. Aber nicht, dass Sie jetzt wie das Kaninchen vor der Schlange sitzen. Schauen Sie erst einmal im Mietvertrag nach, ob da etwas in Sachen Haustieren steht. Schweigt sich der Vertrag aus, dürfen Sie alle Arten gängiger Haustiere halten. Also auch Hund und Katze. Schwieriger wird's mit Exoten, insbesondere mit Tieren, die Mitbewohner ekeln oder erschrecken könnten – etwa Schlangen, Spinnen, Papageien und grössere Echsen. Dafür brauchen Sie auf jeden Fall die

neuen Job



wenn Sie das Jobgespräch von zu Hause aus führen. FOTO: GETTY

aber vor der Anstellung doch noch zu einem Treffen in der Firma. Aber um überhaupt so weit zu kommen, müssen Sie im Videocall

60 Prozent der Firmen wählen den Videocall fürs Erstgespräch.

einen guten Eindruck machen. Anita Läderach, Leiterin Personal Support Funktionen von Implenia, hat mit digitalen Bewerbungsgesprächen Erfahrung gesammelt und rät: «Bereiten Sie sich darauf so seriös vor, wie wenn Sie bei der Firma vor Ort wären.»

Hinzu kommen die praktischen und technischen Tipps: Für

gute Internetverbindung und einen vollen Akku oder Netzanschluss sorgen (Videokonferenzen sind Stromfresser!), einen unverfänglichen Bildhintergrund wählen, sich selber buchstäblich ins beste Licht rücken und das Gespräch in einem ruhigen Raum führen, in dem Sie ungestört bleiben (allenfalls Kopfhörer und Ohrbügelmikrofon benutzen). Und weil noch keine Meisterin vom Himmel gefallen ist: Trainieren Sie für Ihren Videoauftritt! Wie das geht, zeigen Ihnen Lernfilme auf Youtube, zum Beispiel dieses vom Bewerbungsexperten Lucas Zehnder: rebrand.ly/videotrainer.

Wir wünschen Ihnen viel Erfolg!

DAS BEWERBUNGSDOSSIER

IHRE BESTEN ARGUMENTE

Ob digital oder analog: am Herzstück einer Bewerbung ändert das nichts. Es setzt sich zusammen aus dem Motivationsschreiben, dem Lebenslauf und den Zeugnissen.

DAS «MOTI». Warum gerade ich für gerade diesen Job? Auf diese Frage soll Ihr Motivationsschreiben eine überzeugende Antwort liefern. Entwerfen Sie ein Schreiben, das Ihre allgemeinen Vorzüge nennt, und garnieren Sie es je nach Firma, die Sie anschreiben, mit Ihren speziell dort nützlichen Eigenschaften sowie mit der Begründung, weshalb Sie Ihre Zukunft in diesem Job sehen. Dabei sollte man spüren, dass Sie sich mit der Firma und ihren Tätigkeiten auseinandergesetzt haben.

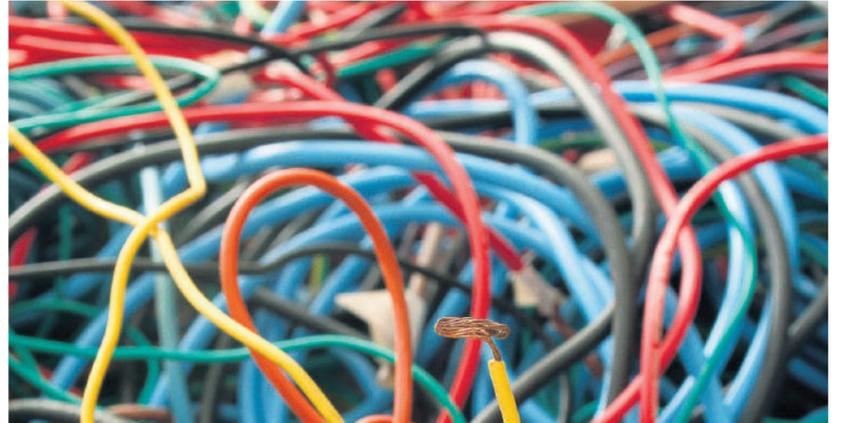
DER LEBENS LAUF. Gestalten Sie den Lebenslauf in übersichtlich tabellarischer Form. Er sollte keine Zeitlücken enthalten, andererseits aber nicht zu ausführlich sein (je nach Alter 1 bis 3 Seiten).

DIE ZEUGNISSE. Legen Sie von den Zeugnissen (Schulen und Weiterbildungen) nur die wichtigsten bei. Von Ihren bisherigen Anstellungen sollten dagegen die Arbeitszeugnisse der letzten 10 bis 15 Jahre lückenlos vorliegen.

EXTRAPUNKTE. Fragen Sie sich schliesslich bei jeder Bewerbung, ob Sie bei der jeweiligen Firma mit einer Erfahrung, einer Begabung oder einem Freizeitengagement Sympathiepunkte holen könnten. Bewerben Sie sich als Verkäufer beim Eisenwarenhändler, wird es diesem eher egal sein, dass Sie jede freie Minute auf dem Bike zubringen. Bei der Sporthandelskette hingegen wird das gleiche Hobby für Sie sprechen! (jk)

saldo tipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».



AUF DRAHT. Die Verbindungsqualität ist mit Kabeln oft höher – Kabelsalat hin oder her. FOTO: ISTOCK

Das richtige Kabel für schnellen Datentransport

Bluetooth hin, WLAN her: Oft ist ein Kabel die beste Lösung, um Geräte miteinander zu verbinden. Darauf sollten Sie beim Kauf achten:

FÜRS INTERNET. Ein sogenanntes Ethernetkabel sollte abgeschirmt sein. So wird das Signal vor Störungen geschützt. Besonders gut abgeschirmt sind Kabel mit der Bezeichnung «S-FTP». Am besten wählen Sie ein Ethernetkabel der Kategorie 6 («Cat. 6»). Das reicht auch für eine schnelle Internetverbindung von 10 Gbit pro Sekunde aus.

FÜR COMPUTER UND HANDY. Für USB-Kabel finden Sie in vielen aktuellen Windows-Laptops und Apple-Macbooks nur noch USB-C-Buchsen. Sie sind deutlich kleiner als die bisherigen USB-A-Stecker. Achten Sie beim Kauf auf die Bezeichnung «USB 3.2 Gen 2» oder «Superspeed». Damit ist eine Übertragungsgeschwindigkeit von 10 Gbit pro Sekunde und höher möglich. Wollen Sie einen Laptop aufladen, sollte es ein USB-C-Kabel mit der Bezeichnung PD («Power Delivery») sein.

Fürs schnelle Internet taugt ein Ethernetkabel der Kategorie 6.

FÜRS FERNSEHEN. Mit HDMI-Kabeln lassen sich Film- und Tonsignale in hoher Qualität übertragen. Mit ihnen können Sie Blu-Ray-Player oder Computer mit dem Fernseher verbinden. Für die übliche Full-HD-Auflösung genügen Standardkabel. Wenn Sie Filme in besonders hoher 4K-Auflösung sehen wollen, brauchen Sie ein «Premium High Speed»-Kabel. Das bringt jedoch nur etwas, wenn Abspielgerät und Fernseher 4K-tauglich sind. MARC MAIR-NOACK

Was ist erlaubt? mein Pläsierchen

Einwilligung der Vermieterin, je nach Tierart auch eine Haltebewilligung des kantonalen Veterinäramtes.

VÖGELIWOHL. Stossen Sie im Vertrag tatsächlich auf eine Klausel, dass Sie Tiere nur mit Einwilligung des Vermieters halten dürfen, brauchen Sie nicht gleich Krokodilstränen zu weinen. Denn, was auch immer im Mietvertrag steht: Mit Kleintieren wie Hamstern, Meerschweinchen, Rennmäusen, Wellensittichen und Zierfischen dürfen Sie Ihre Wohnung auf jeden Fall teilen, solange Sie nicht gleich eine ganze Herde heranzüchten. Achten Sie aber auf artgerechte Haltung. Für Wellensittiche zum Beispiel verbietet das Tierschutzgesetz die Haltung als Einzeltiere. Sa-

gen Sie also nie, Sie hätten einen Vogel. Es müssen zwei sein!

ALLES FÜR DIE KATZ. Die gute Nachricht: Nach gängiger Rechtspraxis gilt eine Katze, welche die Wohnung nicht verlässt, als Kleintier, dessen Haltung keiner Zustimmung des

Der Stubentiger gilt als Kleintier ohne Bewilligungspflicht.

Vermieters bedarf. Allerdings dürfen Sie auf dem Balkon ohne Bewilligung kein Schutznetz spannen – in manchen Überbauungen werden solche Installationen aus ästhetischen Gründen generell verboten. Und braucht Ihre Katze Freilauf, kommen Sie um eine An-

frage bei der Hausverwaltung nicht herum, falls der Vertrag dies vorsieht.

HUND IM KORB. Sagen Sie jetzt nicht, es heisse doch «Hahn im Korb». Das ist zwar korrekt, aber wer Hunde hält, weiss doch, wie gerne sie in ihrem Körbchen liegen. Hunde gehen aber auch gern Gassi, machen manchen Menschen Angst, und gelegentlich geben sie Laut. Deshalb: Verlangt der Mietvertrag von Ihnen, dass Sie für die Hundehaltung vorgängig die Zustimmung einholen, tun Sie das. Empfohlen ist sogar ein Vertragszusatz, der Ihr Recht auf Hundehaltung festhält, Haftungsfragen klärt und Ihre Sorgfaltspflichten enthält. Ein Muster dafür finden Sie hier: rebrand.ly/iemt.

BELLO, DER BELLER KÜNDIGUNG WEGEN HAUSTIER

Machen die Nachbarn ein Affentheater, weil Ihr Hund häufig bellt oder Ihr Kater in die Beete der Parterremieter kotet? Nehmen Sie Reklamationen ernst und sorgen Sie für Besserung. Im andern Fall kann Sie der Vermieter erst ermahnen, dann die Zustimmung zur Haustierhaltung entziehen oder sogar die Wohnung kündigen, in gravierenden Fällen mit einer auf 30 Tage verkürzten Frist.

Brillen und Schutzmasken Für Ihren Durchblick

Wer zur Maske Brille trägt, ärgert sich über beschlagene Gläser. Was hilft?

Ekelhaft. Bei jedem Atemstoss legt sich ein neuer Nebel auf die Gläser. Was tun? Auf Kontaktlinsen umstellen, raten schlaue die Optikfachgeschäfte. Die Augenlasern, empfehlen – nicht minder schlaue – die Augenlaserkliniken. Aber lassen wir diese Optionen einmal beiseite. Dann helfen diese Massnahmen:

- Grundlegend: die Maske richtig tragen. Medizinische Hygienemasken haben einen flexiblen Formdraht eingebaut. Passen Sie ihn Ihrer Gesichtsförmigkeit an, drücken Sie die Maske anschliessend ihrem oberen Rand entlang fest auf die Haut, damit möglichst wenig Atemluft nach oben entweicht. Le-



gen Sie die Brille ab, um die Maske anzupassen. Probieren Sie, die Brille etwas weiter vorn zu tragen, die Atemluft kann dann leichter nach oben entweichen.

- Bei einer textilen Maske ohne Formdraht schlagen Sie den oberen Rand einmal nach innen um, bevor Sie sie aufsetzen. Oder Sie nähen einen Pfeifenputzer ein, der die Maske um die Nase straff sitzen lässt.
- Brille mit wenig mildem Spülmittel einreiben und mit wenig Druck trockenreiben.
- Wenn's etwas kosten darf, helfen Brillenbeschlagtücher, wobei trockene Tücher zur Mehrfachverwendung klar besser wirken als feuchte Tüchli. Das zeigt der «Kassensturz»-Test: rebrand.ly/beschlagschutz. (jk)

workrätsel

Gewinnen Sie ein K-Tipp-Abo!



K-Tipp.
Wir testen für Sie.
Wer abonniert, profitiert.

LÖSUNG UND GEWINNER AUS NR. 3
Das Lösungswort lautete: **STIMMABGABE**



gegen das ...-Verbot			bebauungs-fähig	Back-gewürz	dichte Kampf-reihe			Wein-trauben-ernte	Öl-pflanze	Auer-ochse	Gedichte	Keim-zelle		rote Wald- u. Garten-frucht	Schweiz. Aussem-inistrie-rium	Stern-schnup-pe	ein-schliess-lich, samt	einge-schaltet
Beweg-grund, Auslöser						5		... Mario (Draghi)						dt. Frau-enzeit-schrift				
Zch. f. Rubi-dium			mythol. König v. Kreta		Klein-planet									besitz-anzeig. Fürwort (2. Pers.)		3		
Heil- und Teekraut						4		Fuss-taste der Orgel		schweiz. Schoko-ladefa-brikant †		work nimmt kein ... vor den Mund						Recht auf ...
					Ge-treide-blüten-stand		umstrit-tenes Lebens-mittel							Bruder von Romulus			US-Hafen-stadt	
Sitz von Macron	ugs.: Fern-sehen	bergauf, nach oben		Blut-armut								Liebelei, Roman-ze		edle Blume				
Gemein-de süd-östlich von Genf							Bilder-rätsel		das Ger-uchsor-gan be-treffend		kalt haben							9
				Schlag-stock	Krawall, Tumult									nicht er-wach-sen, ju-gendlich		Abk. f. e. Bibelteil		
Anzeige, Ankün-digung	eh. Na-me von Mumbai		geistl. Würden-träger			2				Nordkap v. Rügen			asiat. Noma-denzelt					
Trage					Ansied-lung		Speise-bestand-teile		britann. Sagen-könig								kirchl. Amts-tracht	alt Bun-desrat † 1977
			ital. Rad-sport-ereignis		Strasse zum Ziel								zu diesem Zweck, plus	span. Ausruf				
dt. Adels-prädikat		geschäf-tiges Ge-wimmel							kurz für: von dem			richterl. Ver-fügung						
Stadt im Ober-wallis				ital. Tonbez. für das C			jp. Be-griff für Lebens-energie		vorwärts					6	russ.: ja		Augen-blick, im ...	
Cha-rakteri-sierung		Ver-ringerung										eh. Fuss-baller (Ziné-dine)						
								Fehl-druck, Altpapier										10

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----

Lösungswort einsenden an: work,
Postfach 272, 3000 Bern 15, oder per
E-Mail: verlag@workzeitung.ch
Einsendeschluss 12. März 2021

INSERAT

Feministische Kurswoche in der Woche vom 8. März!



Der Frauentag findet dieses Jahr online im Rahmen einer feministischen Kurswoche statt.

Das Angebot reicht von Altersvorsorge, über sexuelle Gewalt bis Belästigungen am Arbeitsplatz.

Diskutiere mit und präge den feministischen Weg!



Weitere Infos & Anmeldung: unia.ch/feministische-kurswoche



WORKLESERFOTO



Stolze rote Brust

WANN 13. Februar 2021
WO Burgdorf BE
WAS Rotkehlchen
Eingesandt von Alfred Winkler, Burgdorf

Gewinnen Sie 100 Franken!

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie 100 Franken! Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben.
Senden an redaktion@workzeitung.ch, Betreff «Leserfoto»

workquiz

Wie gut sind Sie?



- 1. Corona-Debatte I:**
Wie war die Stimmung am 3. März im Nationalrat?
 a) abgedreht?
 b) aufgedreht?
 c) umgedreht?
 d) durchgedreht?
- 2. Corona-Debatte II:**
Was will die rechte Mehrheit seiner Wirtschaftskommission mit der Pandemie machen?
 a) kürzen?
 b) verbieten?
 c) revidieren?
 d) ausbauen?
- 3. Corona-Debatte III:**
Was wollen die Rechten mit der wissenschaftlichen Taskforce machen?
 a) ausschaffen?
 b) abschaffen?
 c) abstellen?
 d) ausstellen?
- 4. Corona-Debatte IV:**
Was will die rechte Mehrheit seiner Wirtschaftskommission mit den Schiessständen machen?
 a) öffnen?
 b) schliessen?
 c) vergolden?
 d) verlegen?

Die Antworten finden Sie in dieser work-Ausgabe – oder, indem Sie sich oder die Zeitung auf den Kopf stellen!

Lösungen: 1d, 2b, 3c, 4a

WORKPOST



WORK 3 / 19.2.2021: «WIR KÖNNEN GELASSEN MEHR SCHULDEN MACHEN»

Geld für die Öffentlichkeit

Die Reserven der Nationalbank betragen per Ende 2020 nicht 100 Milliarden, wie es Serge Gaillard im Interview sagt, sondern 176 Milliarden. Fast 100 Milliarden macht allein die sogenannte Ausschüttungsreserve aus, nach Abzug der kürzlich vereinbarten Ausschüttung an Bund und Kantone verbleiben davon immer noch 92 Milliarden. Zur Abdeckung der Risiken der Devisenanlagen dient allein die Währungsschwankungsreserve, die nochmals 84 Milliarden ausmacht und offenbar dafür genügt. Die Ausschüttungsreserve wird also nicht zur Abdeckung der Währungs- und Börsenrisiken benötigt, wie Gaillard das sagt, sondern ist dafür bestimmt, Bund und Kantonen eine regelmässige Ausschüttung zu garantieren. Bund und Nationalbank könnten durchaus für die nächsten Jahre eine höhere Ausschüttung vereinbaren, wenn sie das wollen. Dieses Geld gehört der Öffentlichkeit.

HANS BAUMANN, PER MAIL

WORK 3 / 19.2.2021: ELEKTROAUTOS: HAT DER TCS DEN VCS LINKS ÜBERHOLT?

TCS setzt aufs Auto

Wenn schon, hätte der TCS den VCS nicht links, sondern grün(!) überholt. Denn, was man in einer Gewerkschaftszeitung eigentlich nicht herausstreichen müsste, links heisst sozial und gemeinsame Verantwortung. Und nein, der TCS hat den VCS nicht überholt, denn der TCS setzt als Interessenvertretung für den MIV nach wie vor aufs Auto. Und schliesslich: Nehmt bitte das Hybridauto aus euren Betrachtungen. Denn der Hybrid ist ein getarnter Benziner, mit 300 Kilogramm Batterien angereichert, die auch noch herumgefahren werden.

STEFAN HILBRAND, PER MAIL

WORK 3 / 19.2.2021: 140 STELLEN BEI GENERAL ELECTRIC GERETTET

Von wegen Industriepolitik

Wenn es so weitergeht, brauchen wir bald keine Industriepolitik mehr!

ERICH HALLER, VIA WWW.WORKZEITUNG.CH

WORK 3 / 19.2.2021: BUNDESRAT MACHT TROTZ CORONA-MUTANTEN AUF

Föderalismus hat versagt

Die Landesversorgung zur Pandemiebekämpfung wurde sträflich vernachlässigt. Unter Berufung auf Recht, Gesetz und staatliches Unvermögen wurde ein Impf- und Seruminstitut leichtfertig verschertelt. Die Armeeapotheke mit dem Auftrag, medizinische Versorgung in Krisenzeiten für die Bevölkerung zu gewährleisten, hat versagt. Diese Versäumnisse (kleine Millionenbeträge) kosten den Bund und den Staat jetzt Milliarden, die die Steuerzahlenden nun berappen müssen, ohne Aussicht, dass

man daraus etwas gelernt hat und auf eine Impfung warten muss, was die Pandemie noch verlängert. Der wohlgelobte Föderalismus hat sich eher als Feudalismus entpuppt und hat nicht zur Einheit dieses Landes beigetragen, sondern die Menschen nur noch mehr auseinandergetrieben und gespalten.

MARTIN BILL, VIA WWW.WORKZEITUNG.CH

WORK 3 / 19.2.2021: UNIA-CHEFIN ALLEVA INTERVENIERT BEI EU-BOTSCHAFTER

Zurück an den Absender!

Ich habe den Bericht im «Blick» gelesen, und der EU-Botschafter Petros Mavromichalis wirkte auf mich überheblich und arrogant! Die falschen Aussagen zu den flankierenden Massnahmen zeigten, dass er keine Ahnung davon hat. Danke, Vania, für deinen Einsatz zum Schutz von unseren Löhnen. Ich frage mich, brauchen wir denn solche Botschafter der EU in Bern, oder sollen wir sie an den Absender zurücksenden, so wie es bei einer schlechten Vorlage in der Politik auch gemacht wird?

PETER LENGGENHAGER, UNIA-VIZEPRÄSIDENT REGION OSGR, FRAUENFELD

Artikel nicht klar. Das Frauenstimmrecht wurde von der Arbeiterbewegung jahrzehntelang hart erkämpft! Wichtige Vorläufer davon waren eben auch der ökonomische Kampf und Ereignisse wie der Landesstreik, die Druck von unten aufbauten. Und eben genau weil die revolutionäre Arbeiterinnenbewegung in anderen Ländern stärker war, konnte dort das Frauenstimmrecht früher erkämpft werden. Mit der Argumentation, dass die Männer schuld seien, wird ein Keil zwischen Männer und Frauen geschoben, und wir Lohnabhängige werden gespalten. Dabei ist es doch offensichtlich, dass unser gemeinsamer Gegner das kapitalistische System ist, das wir zusammen überwinden müssen. Natürlich gibt es auch innerhalb der Arbeiterbewegung Sexismus, und dieser muss bekämpft werden. Aber nur wenn Frauen und Männer Schulter an Schulter kämpfen, können wir uns wirklich von Sexismus und Unterdrückung befreien.

ANINA DURGIAI UND SINA MENN, PERMAIL

WORKKORREKT

WORK 3 / 19.2.2021: GEMISCHTE GEFÜHLE BEI DER LONZA

KAV statt GAV



Teresa Dos Santos Lima-Matteo, Branchenleiterin chemische und pharmazeutische Industrie bei der Unia (Bild), hat work auf eine fehlerhafte Formulierung aufmerksam gemacht: Der Satz «Seit Mitte Februar ist er unter Dach und Fach: der neue Gesamtarbeitsvertrag (GAV) zwischen der Lonza, der Unia und der Syna» in den Kurznachrichten zur Lonza der letzten Ausgabe war falsch. Es geht vielmehr um das Resultat der Lohnverhandlungen für die Lonza-Mitarbeitenden im «Kollektivarbeitsvertrag» (KAV). Die vermeldeten Zahlen sind korrekt. Zuerst berichtet hatten über den Abschluss die Walliser Regionalzeitung «Nouvelliste» und die Gewerkschaft Syna.

SOPHIE BLASER

ERSTE DEMO IM TRAGTUCH

Das erste Mal demonstrierte Sophie Blaser als Baby am 1. Mai. Die Mutter trug sie mit. Als Kind ging sie mit ihren Eltern und ihren zwei Geschwistern regelmässig auf die Strasse. Kämpfte für die Rechte der Arbeiterinnen. Für Lohngleichheit. Und für Frauenrechte. Ihr Vater war jahrelang für die Unia tätig. Das hat Sophie Blaser geprägt: Bereits in ihrer Studienzeit trat sie der Unia bei. Kurz nach Antritt ihrer ersten Stelle wurde sie zudem Mitglied beim VPOD Zürich.

MITREDEN. Seit September 2020 präsidiert die junge Zürcherin dort den Bereich Bildung. Daneben sitzt sie noch im Vorstand des 1.-Mai-Komitees. «Ich ziehe viel Energie aus meiner politischen Arbeit.» Das, was andere langweilt, findet die Zürcherin spannend: Dossierkenntnisse, endlose Diskussionen, Debatten mit politischen Gegnerinnen. «Ich will mitreden. Mitbewegen. Das gefällt mir.» Sophie Blaser arbeitet 90 Prozent und verdient brutto 86387 Franken jährlich.



SPIELEN UND REDEN: Im Kindergarten von Sophie Blaser ist beides gleich wichtig. Die Kinder sollen lernen, ihre Bedürfnisse wahrzunehmen und auszudrücken.

Der Kindergarten ist ihr Biotop: Dort bekommt Sophie Blaser hautnah mit, wie Gruppen funktionieren

«Zur Kindergärtnerin berufen? Mitnichten!»

Türmchen bauen, Prinzen spielen, Hexen malen: Im Kindergarten von Sophie Blaser machen die Kinder weit mehr als das. Sie lernen, sich selbst und andere zu akzeptieren. Damit fährt die 29jährige in Zeiten von Corona gut.

SARAH FORRER | FOTOS NICOLAS ZONVI

Zürich Letzigraben. Neue Genossenschaftshäuser reihen sich an alte Arbeiterblöcke. Dazwischen ein grosser Park, in dem sich eine kleine Baracke versteckt. Wie eine eigene Welt liegt der Kindergarten da. Es ist Sophies Welt. Hier im denkmalgeschützten Gebäude führt Sophie Blaser die vier- und fünfjährigen Kinder aus dem Quartier in die Schule ein. Und fast noch mehr ins Leben. Denn bereits bei der ersten Frage blitzt zum ersten – von vielen Malen – die politische Sophie Blaser durch.

Zur «Kindergärtnerin» berufen? Mitnichten! «Beide Begriffe gehen mir auf den Keks», sagt die 29jährige Stadtzürcherin lachend. Sie holt aus – hundert Jahre, um genau zu sein. Damals passten kinderlose Frauen vor der Einschulung auf die Kinder auf. Natürlich unentgeltlich. Schliesslich war das Zusammensein mit den Knirpsen Lohn genug. «Berufung ist oft eine Rechtfertigung für schlechte Bezahlung. Weil es Spass macht, muss Frau ja nicht so viel verdienen», redet sich Sophie Blaser in Rage.

AUF AUGENHÖHE. Ein zeitgemässer Kindergarten sei heute viel mehr als ein wenig die Kinder unterhalten. Aus dem gleichen Grund heisst es auch nicht mehr Kindergärtnerin. Sondern Lehrperson Kindergarten. «Wir spielen nicht nur. Wir fördern aktiv und individuell.»

Jeden Morgen finden die Kinder bei ihrer Garderobe eine farbige Karte mit einer Aufgabe darauf. Einen Turm bauen, weben, knobeln, Leiterispielspielen. Manchmal zu zweit oder in Gruppen. Oft alleine. Im Anschluss redet Sophie Blaser mit jedem ihrer Schützlinge. Wie lief es? Wie fühlte sich das Kind dabei? War es anstrengend? Was fehlte? «So lernen sie, ihre Handlung und ihre Gefühle zu reflektieren. Sie lernen sich dabei besser kennen und können ihre Bedürfnisse wahrnehmen», erklärt Sophie Blaser die Methode.

Im Kreis können Kinder ihre Anliegen einbringen. Fragen stellen. Alles hat Platz. Alle haben Platz. Respekt und Toleranz. Sich selbst gegenüber. Aber auch den anderen. Das ist Sophie Blaser wichtig. Wenn man sie so erzählen hört, wundert es nicht, dass sie sich nach dem Gymnasium für ein

Soziologiestudium entschieden hat. Und nach kurzer Zeit abbrach. Zu trocken. Zu wenig konkret. Sie schwenkte um und besuchte die Pädagogische Hochschule in Zürich. Vor zwei Jahren übernahm sie den Kindergarten in «ihrem» Kreis 3. Hier erlebt sie jeden Tag im Kleinen, was die Welt im Grossen bewegt: Wie eine Gruppe funktioniert. Was sie antreibt. Auseinanderreiss. Zusammenschweisst.

Für Sophie Blaser ist die Schulzeit weit mehr als eine Vorbereitung auf das Berufsleben: «Es geht darum, dass unsere Kinder ein Teil der Gesellschaft werden.» Menschen, die zueinander schauen, die sich unterstützen. Die freiwillig den Nachwuchs im Fussballclub trainieren. Oder zu den Grosseltern schauen. Sophie Blaser plädiert dafür, dass Eltern nicht nur von kleinen Nobelpreisträgerinnen, neuen Mozarts oder fulminanten Bankerkarrieren träumen. «Welche Eltern sagen: Mein Kind soll mal eine Demo organisieren? Dabei wäre dies für eine Gesellschaft genauso wertvoll.»

IM LOCKDOWN. Dass ihre (Beziehungs-)Arbeit mit den Kindern Früchte trägt, hat sie spätestens im Lockdown vor einem Jahr bemerkt. Sie stellte von einem Tag auf den anderen auf regelmässige Anrufe um. Einige Eltern sagten ihr: Mit meinem Kind telefonieren? Vergiss es! Das spricht nicht mal mit den Grosseltern in Spanien. Doch mit Sophie Blaser telefonierte es eine satte halbe Stunde. «Da bemerkte ich: Die Basis stimmt!»

Manche Kinder erzählten von ihrem Alltag daheim. Vom vielen Fernsehgucken. Vom Krach mit den Geschwistern. Mit anderen sprach sie über die Demokratie: Wer denn das Recht habe, einfach die Schulen zu schliessen? Oder vom Vermissen der Grosseltern, die im Ausland leben. Die Bandbreite der Gespräche – aber auch der Situationen, in denen sich die Kinder bewegten – war gross. Das liegt nicht zuletzt an der Durchmischung im Quartier. Hier wohnen Akademikerinnen, Putzmänner, Alleinerziehende, gleichgeschlechtliche Paare. Unter das Züritütsch mischt sich Russisch, Tamilisch oder Portugiesisch. «Die grosse Vielfalt schätze ich sehr. Im Letzigraben hat die Gentrifizierung zum Glück noch nicht stattgefunden», sagt Sophie Blaser. Ein Landchindsgli, wo alle Kinder aus mittelständischen Schweizer Familien stammen, alle Eltern im klassischen Rollenmodell leben und alle Deutsch sprechen: Das könnte sie sich nicht vorstellen. «Das wäre mir zu langweilig!» Man glaubt es ihr aufs Wort.

Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriff, kritisch, frech.

work abonnieren.
Für nur Fr. 36.– im Jahr
jeden zweiten Freitag direkt ins Haus.

Vorname/Name _____
Strasse _____
PLZ/Ort _____
Telefon/E-Mail _____

work, Abodienst, Postfach 272, 3000 Bern 15. www.workzeitung.ch

WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft. **Herausgeberin** work, Gewerkschaft Unia. **Verlag und Redaktion** Weltpoststrasse 20, 3000 Bern. **Postadresse** Postfach 272, 3000 Bern 15. **Telefon Verlag und Redaktion** 031 350 24 18. **E-Mail Verlag** verlag@workzeitung.ch. **E-Mail Redaktion** redaktion@workzeitung.ch. **Internet** www.workzeitung.ch. **Redaktion** Marie-Josée Kuhn (Chefredaktorin), mariejoseekuhn@workzeitung.ch; Anne-Sophie Zbinden (Stv. Chefredaktorin, Produzentin), annesophiezbinden@workzeitung.ch; Patricia D'Incau, patriciadinciau@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Jonas Komposch, jonaskomposch@workzeitung.ch; Johannes Supe, johannessupe@workzeitung.ch. **Mitarbeit an dieser Nummer** Katrin Bärtschi, Peter Bodenmann, Oliver Fahrni, Sarah Forrer, Martin Jakob, Andreas Rieger, Michael Stötzl, Clemens Studer, Jean Ziegler. **Gestaltung/Layout** Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch; Silvia Aeschbach, silviaaeschbach@workzeitung.ch. **Korrektorat** Urs Remund, ursremund@workzeitung.ch. **Sekretariat** Mirka Grossenbacher (Mo–Mi, Fr) verlag@workzeitung.ch. **Anzeigenmarketing** Mirka Grossenbacher, Telefon 031 350 24 18, anzeigen@workzeitung.ch. **Druck** CH Media Print AG, Im Feld 6, 9015 St. Gallen. **Abonnement** Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.–. **Abodienst** Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, abo@workzeitung.ch. **Auflage** 74 963 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.